Frank Helzel

De- und Rekolonisation deutscher Ostgebiete nach 1945
oder
„Panslawistischer Kommunismus“ und die zweifache deutsche Ostgrenze
(8)

Bad Wildungen, November 2009/2020

Februar 1945:
„ *(...) Durch Kostelec zogen Kolonnen deutscher Bauern, die vor vier Jahren gen Osten geströmt waren, um die Ukraine zu kolonisieren. (...)*“
Josef Škvorecký, *Der Seeleningenieur*, 1977/ 1998.

„*Doch kann man einen Lausitzer Staat auf dem kleinen Gebiet, auf dem gegenwärtig noch Reste der Wenden wohnen, nicht schaffen. Man will einen großen, zwei oder drei Millionen Menschen zählenden Lausitzer Staat schaffen, in dem die nichtgermanisierten Lausitzer die Möglichkeit der Reslawisierung ihrer germanisierten Landsleute haben. Dies müsse genügend rasch erfolgen, um zu einer weiteren Niederlage Deutschlands beizutragen.*“
„Der Kurier” (Berliner Abendzeitung): Lausitzer Elbestaat, 08.11.1946.

„*Weil die Welt sich dreht, kommt der Westen vorbei.*“
Mit diesem Spruch tröstete sich Reinhard Jirgl, bis die Mauer fiel – dann war es mit dem Trost vorbei.
Er arbeitete als Beleuchtungsingenieur in Berlin am Theater. Am 9. November 1989 war ein Gastspiel des Moskauer Akademietheaters.
„*... das Stück dauerte fünf Stunden, und ich saß am Beleuchterpult und konnte nicht weg.* (...) *Als der dritte Teil des Stückes lief, kam der russische Beleuchtungsmeister – er hieß nicht nur Iwan, sondern sah, groß und mit Vollbart, auch genau so aus, legte mir die Hand auf die Schulter und sagte in brüchigem Deutsch: ‚Siestdu, jetzt kannst auch du in den Westen.‘ Dass mir ein Russe das mitteilte, finde ich bis heute hochkomisch.*“
(Frankfurter Rundschau, 4. November 2009)

Inhalt

Vorbemerkung: Das Ende des Zweiten Weltkrieges als Auftakt weltweiter Dekolonisation.....5

1 Ottonenrenaissance in gegenwärtiger deutscher Mediävistik.....7

2 Polnische Bekanntschaft mit preußischer Ottonenrezeption seit dem 19. Jahrhundert.....10
2.1 Polnische Westforschung.....10
2.2 Vorgeschichte.....10
2.3 Die polnische Westgrenze im Friedensvertrag von Versailles.....12
2.4 Die Etablierung der polnischen Westforschung.....12
2.5 Zweiter Weltkrieg.....13
2.6 Die Westforschung und die „wiedergewonnenen Gebiete“.....15
2.7 „*Abriss der Geschichte Polens“* (Warschau 1967): eine Karte zum 10. Jahrhundert.....17

3 Golo Mann 1966 über die „Wiedergewonnenen Gebiete“.....19

4 „Panslawistischer Kommunismus“: Polen in der Kolonialismusfalle.....21

5 „Reslawisierungs“-Absichten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR.....25

Schluss: Versäumnisse und ihr Preis.....27

Exkurs 1: Zum Essay „Über die Kolonialfrage“ von Simon Weil (1943).....32
Exkurs 2: Zum Begriff „Dekolonisation“.....35
Exkurs 3: Der Krieg gegen Polen 1939 als neuer deutscher Slawenkrieg bei Franz Lüdtke 1941 in Form von Eroberungsliteratur.....38
Exkurs 4: Deutsche Informationen von 1943 über polnische Exilvorstellungen von einem künftigen Polen – „*nur für den Dienstgebrauch*“.....45

Vorbemerkung: Das Ende des Zweiten Weltkrieges als Auftakt weltweiter Dekolonisation

Während Wolfgang Reinhard meinte, dass 1962 mit dem Ende des Algerienkrieges erstmals eine Kolonie mit starkem Siedleranteil dekolonisiert worden sei,[1] ergibt sich aus der Beschreibung der Slawenkriege und aus dem, wie Werner Hofer oder Hubertus Prinz zu Löwenstein die Grenzziehung zwischen Ost und West nach dem Zweiten Weltkrieg kommentierten,[2] in der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und in der Besetzung Ostdeutschlands durch die Sowjetunion eine erste Dekolonisierung zu identifizieren. Darüber hinaus gilt das sicher bereits schon für das Ende des Ersten Weltkrieges, als Deutschland im Osten beschnitten und die österreichische Donaumonarchie aufgelöst wurde. Wie beim Zerfall der Sowjetunion oder bei jeder anderen Dekolonisation auch in Übersee ergab sich daraus, dass anstelle der Kolonien neue Staaten gegründet wurden.[3]

Den Begriff des Dekolonisierens in diesem Zusammenhang auf das 20. Jahrhundert in Ost-Mitteleuropa und Mitteleuropa anzuwenden hat etwas Ungewohntes. Folgt man jedoch dem Wortgebrauch, mit dem seit dem 19. Jahrhundert in deutscher Sichtweise Preußen und Österreich als Kolonialmächte dargestellt wurden und die an Elbe und Saale beginnende mittelalterliche Ostsiedlung auch in der slawischen Vorstellungswelt seither nur mehr als „Ostkolonisation“ wahrgenommen wurde, braucht es Deutsche nicht zu wundern, wenn Polen nach der Ziehung der Oder-Neiße-Grenze und der Vertreibung der Deutschen von „Kolonisierung“ der „*wiedergewonnenen Gebiete*“ sprachen, für deren „*Reslawisierung*“ eigens ein Ministerium eingerichtet wurde.[4] Das heißt, der Begriff „Kolonisation“ hatte in Bezug auf Europa eine außerhalb der preußischen Ostmarken, an deren Rändern es seit Friedrich dem Großen immer ums Kolonisieren gegangen war, zunächst nur ideologische, schließlich aber in den beiden Weltkriegen nationalpolitikrelevante Bedeutung erhalten – am auffälligsten im „Land Ober Ost“, während mit dem zu Ende gehenden Zweiten Weltkrieg, endgültiger als mit der polnischen und tschechoslowakischen Staatsgründung nach 1918, gleichzeitig und parallel, aber noch begriffslos, das Phänomen der **Dekolonisation** die Stunde der weltweiten Befreiungsbewegungen einläutete und von slawischer Seite in den ethnisch von Deutschen bereinigten westlichen Grenzgebieten vor allem in Polen und in der Tschechoslowakei in eine „reslawisierende Rekolonisierung“ umschlug. Damit setzten sie, wie inzwischen in Polen auch wahrgenommen wird, freilich nur fort, dass sie, gerade Nationalstaat geworden, in den 1930er Jahren im europäischen Kolonialkonzert eine Stimme erhalten wollten.

Dass Kolonialismus als Ausblühung der Nationalstaatsbildung in mimetischer nationalstaatlicher Rivalität europäisches Schicksal war, rückt als Erkenntnis bei der gegenwärtigen

[1] Wolfgang Reinhard, *Kleine Geschichte des Kolonialismus*, Stuttgart 1996, S. 320.

[2] www.himmlers-heinrich.de/slawenkriege.pdf , S. 5-8. – Ich folge weiter dem auf Seite 120 in www.himmlers-heinrich.de/heinrich_I.pdf beschriebenen prinzipienlockeren Prinzip des „Domino-Puzzles“, nehme also Spuren auf, die zeitig in noch unbetretenes Terrain wiesen, aber des Ganges der Sache halber übergangen wurden und jetzt über die auffindbar gebliebenen Wegmarkierungen ins Blickfeld gerückt werden sollen.

[3] Aus der Lektüre des 1918 geschriebenen Buches von Tomáš Garrigue Masaryk, *Das neue Europa. Der slawische Standpunkt*, Berlin 1991, ergibt sich zwingend diese Einschätzung! Siehe dazu „*Exkurs 2: Zum Begriff ‚Dekolonisation‘*“, S. 35-37 dieser Arbeit.

[4] Zdzisław Kaczmarczyk, *Kolonizacja niemiecka na wschód od Odry* [Die deutsche Kolonisation östlich der Oder]. Poznań 1945. – Insgesamt dazu Robert Brier, *Der polnische „Westgedanke“ nach dem Zweiten Weltkrieg (1944-1950)*, http://epub.ub.uni-muenchen.de/546/1/**brier-westgedanke**.pdf , S. 25, 33, 39, 57.

Beschäftigung mit den Auswirkungen des Kolonialismus immer deutlicher in den Mittelpunkt. So schreibt der Kolonialismusexperte ANDREAS ECKERT 2008: „*Bei der Ausgestaltung des ‚gemeinsamen Hauses Europa' wird sich das ‚koloniale Erbe' nicht in den Keller sperren lassen. Die weitgehend noch nationalstaatlich geführten Auseinandersetzungen werden in europäische Debatten münden.*" [5]

[5] Andreas Eckert, *Der Kolonialismus im europäischen Gedächtnis*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2, 2008.

1 Ottonenrenaissance in gegenwärtiger deutscher Mediävistik

Gegenwärtige Ottonenforschung wird sich wahrscheinlich nicht davon beunruhigen lassen, dass, wie sich aus der inzwischen in Deutschland in Gang befindlichen Vergegenwärtigung polnischer Sichtweisen auf das vor allem von Preußen zelebrierte Ottonenerbe ergibt, die Ottonen in Polen seit dem 19. Jahrhundert eine Präsenz mit entsprechend negativer Kodierung hatten. 1946 verschaffte sich das ausdrückliches Gehör, als der in Polen renommierte Historiker Władisław Konopczyński feststellte: „*Es ist still über dem Osten* (d.h. Russland gegenüber), *laut um die Geros* (Gero, 900-965, Markgraf Ottos I.) *und die Ottonen, Albrechts und Friedrichs, um Bismarck und Hitler*“.[6] Von diesem Lauten hat sich deutsche Mediävistik nicht beirren lassen,[7] waren ihre Vertreter doch in Westdeutschland heimisch geworden, und Polen war weit genug entfernt. Dass sie sich lange wie Heinrich von Sybel an den durch Heinrich I. mobilisierten ‚*Kräften der Nation*‘ gelabt hatte, ‚*die sich mit richtigem Instinkte in die großen Kolonisationen des Ostens ergossen*‘, drang nicht bis in die Selbstreflexion bezüglich der jahrzehntelangen Beteiligung von Historikern an der Aufbereitung der ottonischen Herrscher als Ostkolonisatoren vor.

Ganz im Gegenteil. Allgemeinen Mehrheitsströmungen folgend – oder dem, was manche für die maßgebliche Lehrmeinung halten – spiegeln die Wikipedia-Artikel für die Ottonenherrscher von Heinrich I. über Otto I. bis zu Heinrich II. mit ihren Exzellenzsternchen inzwischen wider, welche Rolle ihnen in enzyklopädischer Wahrnehmung am Beginn des dritten Jahrtausends aus einer der zahlreicher gewordenen deutschen Blickwinkelmöglichkeiten beigemessen werden kann.

Dabei wird in der für maßgeblich gehaltenen Lehrmeinung Wert darauf gelegt, vor allem Heinrich I. als „Freundschaftskönig“ darzustellen, dem es um nichts so sehr gegangen sei, wie seine herzoglichen Konkurrenten ruhig zu stellen, so dass sie in Gebetsverbrüderungen angeblich am deutlichsten von ihrer Friedens- und Freundschaftssehnsucht Kunde taten und so die Einigung des Reichs betrieben, von der doch sicher jemand wie der Deutsche Navid Kermani gegenwärtig auch noch etwas hat.[8]

Dieses machtergebene Königs- und Kaisergetue[9] kommt anderen Mediävisten so dick aufgetragen vor, dass sie Protest einlegen und darauf hinweisen, dass es zwar Freundschaftsbündnisse gab, der König aber „*Terror*“ – und ein Forscher, der dieses Wort als Zeitgenosse der Gegenwart zur Charakterisierung einer Herrscherpersönlichkeit des 10. Jahrhunderts benutzt, weiß offenbar sehr gut, was er zu sagen beabsichtigt – „*gegen seine Feinde verbreitete* (...)

[6] Andreas Lawaty, *Das Ende Preußens in polnischer Sicht: Zur Kontinuität negativer Wirkungen der preußischen Geschichte auf die deutsch-polnischen Beziehungen*, Berlin (de Gruyter) 1986, S. 115.

[7] Auf anderer, unerwarteter Ebene gab es auffällige Reaktionen: „*Eine stattliche Anzahl der Politiker Mitteldeutschlands von SPD und KPD, später der SED, vertrat aber zunächst – einige, darunter Pieck und Grotewohl, sogar noch bis Mitte März 1947 – den Standpunkt, die Oder-Neiße-Linie dürfe nicht endgültig sein*“ (Klaus Rehbein, *Die westdeutsche Oder/Neiße-Debatte. Hintergründe, Prozeß und das Ende des Bonner Tabus*, Berlin-Münster-Wien-Zürich-London 2006, S. 46).

[8] Navid Kermani, *Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime*, München (C. H. Beck) 2009. – Die „Freundschaftsbündnisse“ sollen ihren Sinn darin finden, dass Heinrich angeblich mit einem Heer aus **allen** Herzogtümern 933 über die Ungarn siegen konnte, weil ihm ein „Reichsheer“ für den ersten „Reichskrieg“ zur Verfügung gestanden habe.

[9] Wer braucht im 21. Jahrhundert für welche Zwecke noch die im Studentenkommers besungene „märchenschöne goldne Kaiserherrlichkeit“, die Hitler in der Fortsetzung ihrer Verherrlichung nach dem 19. Jahrhundert für deutschen „Weltanspruch“ als „glanzvolle Kaisergeschichte“ rivalisierend neben die von Mussolini für Italien beanspruchte „Imperium-Romanum“-Geschichte gesetzt sehen wollte?

Am härtesten erfuhren das zunächst slavische Völkerschaften an Elbe und Saale, dann die Ungarn“ (Bernd Schneidmüller, 2003). Schneidmüller erklärt auch, warum die „*moderne Historie*“ die grausamen Realitäten des 10. Jahrhunderts aus den Augen verliere: „*aktuelle Bedürfnisse nach Frieden und Konsens*“ in Europa gäben den Ausschlag.[10]

Es ist ein knappes Jahrhundert oder länger her, dass es im bis nach Ostpreußen und Schlesien reichenden europäischen Konzert darum ging, die jeweilige Nationalgeschichte nach Figuren abzuklopfen, die sich für die imperialistischen Bedürfnisse in kolonisatorischer Ausrichtung am besten legitimatorisch instrumentalisieren ließen.[11] Ohne dass sich Franzosen von der Vereinnahmung Karls des Großen für deutsche Zwecke beunruhigen zu lassen brauchten – es ging um den europäischen Osten, der den in Übersee engagierten Franzosen sehr fern erscheinen musste – beanspruchten einige der renommiertesten deutschen Historiker 1935 Karl für ihre einhellige Ostorientierung, indem sie „*seine richtunggebende Politik zur Eindämmung der Slawenflut und zur Vorbereitung germanisierender Siedlung im Osten ins rechte Licht*“ rücken wollten. Auch diese Forscher sind namentlich bekannt. Keiner, am wenigsten Hermann Aubin – in den 1950er Jahren Präsident des Verbandes deutscher Historiker – hat sich je bemüßigt gefühlt, die Zeitgebundenheit und Willfährigkeit seiner Einsichten im Nachhinein zu reflektieren.

Gegenwärtige Friedens- und Freundschaftstümelei kann ihren Bannerträgern bis in den Schlaf hinein den Eindruck vermitteln, sich auf der sichereren Seite zu fühlen, ohne irgendwann über Verstrickung nachdenken zu müssen! Manchmal werden im augenblicklich einigermaßen friedfertig erscheinenden Europa, das in freundschaftlicher und durch Verträge abgesicherter gemeinsamer Anstrengung seine Mittelmeerküsten gegen afrikanische Boatpeopleflut abschirmt, sogar die einst in Mitleidenschaft gezogenen östlichen Nachbarn ins kontinentale Boot geholt. Als es zum Beispiel um die Ausstellung „*Europas Mitte um 1000*“ ging, wurde ein deutsch-polnisch-slowakisch-tschechisch-ungarisches Ausstellungsprojekt in Szene gesetzt. Wie seit 1936 nicht mehr, als es um die Erinnerung an Ottos I. Königserhebung von 936 gegangen war, wurden auf verschiedene Weise in den letzten Jahren die Ottonen öffentlichkeitswirksam in Ausstellungen und Tagungen repräsentativ vergegenwärtigt.

Nur auf der Wewelsburg vermeidet man seit ein paar Jahren alles, was an den ersten Ottonen Heinrich I. erinnern könnte, ist er doch dort namentlich erst Anfang des 20. Jahrhunderts in Zusammenhang mit der Burgentstehung genannt worden. Peter Longerich hat dem in seiner Himmler-Biographie kürzlich seinen Tribut gezollt, indem er Heinrich gar nicht mehr auf der Burg vorkommen lässt, weil für ihn die Geschichte der Burg erst im 17. Jahrhundert beginnt.[12]

Es gibt also auch ganz ausgeprägte Vorbehalte, mit Heinrich I. Staat machen zu wollen, und zwar in dem Augenblick, wo im Unterschied zu Quedlinburg unvermeidlicherweise sein Stellenwert nur über Heinrich Himmler und dessen Umgang mit der Heinrichsfigur zu bestimmen ist. Deshalb räumt Wulff E. Brebeck 2005 mit einer umwerfenden Begründung mit der SS-Wahrnehmung der Wewelsburg als „Heinrichsburg“ auf, die er mit Karl Hüser über Jahre

[10] „Moderne Historie“ ist zurückhaltend und verallgemeinernd gesagt, um einschlägig bekannte Ottonenforscher nicht namentlich zu nennen.

[11] Vgl. zum Beispiel: Walter Opitz, *Die Helden des Deutschtums. I. Folge: Die Eroberer von Ostdeutschland*. Leipzig 1905. Oder die Wiederbelebung des „Imperium Romanum“ im italienischen Faschismus unter Mussolini, als er den italienischen Kolonialismus nach Afrika trug. Oder Neuzeitfranzosen, die in den Kreuzzügen modellhaft die ersten kolonialen Eroberungszüge ihres Landes sahen.

[12] Peter Longerich, *Heinrich Himmler. Biographie*, München (Siedler) 2008, S. 304.

mitgetragen hat: „ (...) *einer Datierung in das frühe 10. Jahrhundert im Rahmen der Verteidigung gegen die Ungarn unter König Heinrich I.* (...) *steht die heutige Forschung zurückhaltend gegenüber, da es* (...) *weder archäologische noch schriftliche Belege gibt*."[13] Durch diese Zurückhaltung steht man der hochfliegenden, mediävistisch aufgepäppelten Renaissance der Ottonen nicht mit einer auffällig unangenehmen Erinnerung an eigene ideologische Untaten und noch schwerer wiegende Aufarbeitungsversäumnisse im Weg. Dabei geschieht es, dass, unterstützt durch Longerichs sträflich vernachlässigte Beschäftigung mit Himmlers Heinrichsrezeption, in der Zeitgeschichtsforschung nicht zur Kenntnis genommen wird, wie die Wewelsburg als hervorragendes SS-Bauwerk in alles eingepasst sein sollte, was Himmler sich zum Ziel gesetzt hatte, indem er Heinrichs Ostausrichtung mit Grenzen am Ural und am Schwarzen Meer vollenden wollte.[14] Da alles Geschehen auf der Burg durch Himmlers Berichtsverbote ab November 1935 verborgen blieb, gelangte es auch nicht zur Kenntnis der polnischen Westforschung, in der immer aufmerksam registriert wurde, zu welcher Bedeutung es die Ottonen in der deutschen Nationalgeschichtswahrnehmung gebracht hatten.

[13] Wulff E. Brebeck, *Die Wewelsburg. Geschichte und Bauwerk im Überblick*, München-Berlin 2005, S. 10. – Abgesehen davon, dass das nicht stimmt, weil ja der so genannte *Annalista Saxo* im 12. Jh. die „Wifilisburg" als zur Zeit der „Hunnen"-Einfälle angelegt sieht (nach Widukind von Corvey sind mit „Hunnen" bereits im 10. Jahrhundert die Ungarn gemeint; im heutigen Wort „Hüne" stecken nach Ausweis der Etymologie sowohl „Hunne" wie „Ungar"), wäre auch Archäologie für Himmler kein Hindernis gewesen, wo doch willfährige Archäologen am Quedlinburger Schlossberg ausgegrabene Knochen „wissenschaftlich" als Königsgebeine identifizierten, die sich 1937 authentischer in der leer stehenden Gruft in einer mitternächtlichen Feierstunde beisetzen ließen! Er ließ sich vom Germanisten Hermann Schneider an der Universität Tübingen für seine Vorstellung von den Ottonen 1943 sogar eigens einen Professor backen: Joseph Otto Plassmann (vgl. www.himmlers-heinrich.de/heinrich_I.pdf, S. 8, 33 f.). Als Rest Wewelsburger Zeitgeschichtsschreibung ist geblieben, dass die Gegend um die Wewelsburg als sagenhafter Ausgangssort einer finalen Schlacht zwischen West und Ost galt und so auch in die Wahrnehmung der Wehrmacht eingespeist worden war. Einzig aus diesem mythischen Versatzstück leitet Jan Erik Schulte als Herausgeber eines 556 Seiten starken Bandes „*Die SS, Himmler und die Wewelsburg*" (Paderborn-München-Wien-Zürich 2009) die Entscheidung Himmlers ab, unmittelbar vor Beginn des Russlandfeldzuges die Burg als Tagungsort von SS-Führern und seines Chronisten Hanns Johst gewählt zu haben. (Zu einer ausführlicheren Kritik vgl. www.himmlers-heinrich.de/himmlers-ende.pdf, S. 22-31.)

[14] Siehe dazu auch Notiz zum Wewelsburger Triptychon von 1939.

2 Polnische Bekanntschaft mit preußischer Ottonenrezeption seit dem 19. Jahrhundert

Was nämlich der Ottonenkult seit dem 19. Jahrhundert bedeutete, lässt sich am deutlichsten auf polnischer Seite verfolgen und ist auch in der von Albert Brackmann dominierten „Ostforschung“ registriert worden,[15] so dass die Namen der polnischen Wissenschaftler, die kritisch Widerspruch einlegten, nach dem Überfall auf Polen von Ostforschungsmitarbeitern aufgelistet an die *Einsatzgruppen I-VI* in der „*Operation Tannenberg*“ gegeben wurden, damit sie zum Schweigen gebracht würden.[16] Denn über die preußisch-nationalstolze Charakterisierung der Ottonen als Ostkolonisatoren war den Polen vermittelt worden, wie mit Slawen von „deutscher“ Seite seit 1000 Jahren (!) umzugehen gewesen war. Deutscher „*gesunder Volksegoismus*“ – so Wilhelm Jordan in der Nationalversammlung von 1848 – hatte alle polnischen und tschechischen Selbstständigkeitsbestrebungen zum Scheitern zu bringen!

2.1 Polnische Westforschung

Polnische Westforschung ist eine deutsche Wortschöpfung aus „*polska mysl zachodnia*“ (= „*polnischer Westgedanke*“). Der Begriff hat sich etabliert, weil der „*polnische Westgedanke*“ eine Antwort auf die in der deutschen Ostforschung sichtbar werdenden Expansionsbestrebungen zu geben versuchte und nach Jan M. Piskorski „*in gewissem Sinne ein nahezu getreues Spiegelbild der deutschen Ostforschung* [wurde]“.[17]

Die polnische Westforschung entwickelte sich mit dem Entstehen des neuen polnischen Nationalstaates nach dem Ersten Weltkrieg, nachdem Polen durch drei Teilungen zwischen 1772 und 1795 unter Russland, Österreich und Preußen aufgeteilt worden und als Staat verschwunden war. Ihr Zentrum war die 1919 neu eingerichtete Universität in Posen, die bis 1920 nach dem ersten polnischen Herrschergeschlecht den Namen Piasten-Universität trug. Sie richtete sich gegen die deklarierten deutschen Absichten, die im Friedensvertrag von Versailles festgelegte Ostgrenze mit Polen nicht anzuerkennen und in Frage zu stellen. Nach dem Beginn des Polenfeldzuges 1939 widersetzte sie sich aus dem Untergrund der Germanisierungspolitik des Nationalsozialismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es ihr Ziel, die mit der Oder-Neiße-Linie „*wiedergewonnenen Gebiete*“ zu legitimieren.

2.2 Vorgeschichte

Posen war bereits im 19. Jahrhundert zum organisatorischen Hauptzentrum der polnischen Nationalbewegung in Preußen bzw. im Deutschen Reich geworden. Im April und Mai 1848 kam es zum Aufstand der Posener Polen gegen die preußische Herrschaft. Der Aufstand rich-

[15] Ein Schlüsseltext Brackmanns ist seine Schrift von 1939 „*Krisis und Aufbau in Osteuropa. Ein weltgeschichtliches Bild*“, abgedruckt in www.himmlers-heinrich.de/grenzkolonialismus-1939.pdf .

[16] Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, London 2002, S. 168. – Mit der Tarnbezeichnung wird an die Schlacht bei Tannenberg (1914) erinnert. Die Polen konterten das 1945 mit ihrem Siegesabzeichen „Grunwald 1410 – Berlin 1945“ (Bilder zu grunwald 1410-berlin 1945). – Bei Himmler, der dabei an das von Widukind geschilderte Gastmahl des Gero gedacht haben könnte, hörte sich das rechtfertigend am 29. Februar 1940 in Berlin so an: „*Wir mussten zunächst dem Gegner seine führenden Köpfe nehmen, das waren die Leute im Westmarkverband, in den aufständischen Verbänden, das war die politische Intelligenz. Die mussten weg, da half nun nichts*.“ Wohl deshalb spricht Konopczyński von Gero und den anderen vor Bismarck und Hitler im Plural. – Noch Rudolf J. Neumann listet in „*Polens Westarbeit. Die polnischen Kultur- und Bildungseinrichtungen in den deutschen Ostgebieten*“, Bremen 1966, alle Namen der 97 am Posener „West-Institut“ arbeitenden Wissenschaftler im Jahr 1946 auf Seite 15 f.

[17] Robert Brier, wie Anm. 4, S. 13.

tete sich gegen die Einbeziehung überwiegend polnischer Gebiete in die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung und damit gegen die Inkorporation eines Teils von Polen in einen deutschen Nationalstaat. Ferneres Ziel war eine Vereinigung ganz Polens. Polen, das wiedergegründet werden sollte, galten in der Frankfurter Nationalversammlung die Debattentage vom 24. bis 27. Juli 1848. Alle Ansprüche Polens wurden zurückgewiesen, was nicht nur im Beitrag des ostpreußischen Abgeordneten Carl Friedrich Wilhelm Jordan deutlich wurde, sondern auch in der polenfeindlichen Schrift des Frankfurter Paulskirchenmitglieds und Leipziger Historikers Heinrich Wuttke „*Deutsche und Polen*“ (1846/²1848). Er wies ausdrücklich den Anspruch zurück, dass die geforderte polnische Westgrenze die Oder sein könnte. Dabei gab er wie der Debattenredner Jordan zu, dass die Slawen eigentlich auf Gebiete bis zur Saale „*und tief in das Herz von Deutschland*“ Anspruch hätten, die ihnen seit dem 10. Jahrhundert entrissen worden waren. Der Historiker Roland Gehrke schrieb 2001 zu den im 19. Jahrhundert entwickelten Territorialvorstellungen für einen künftigen polnischen Nationalstaat:

> „*Mit der Rückbesinnung auf das piastische Erbe gerieten auch die territoriale Ausrichtung des Piastenstaates und darüber hinaus die mittelalterliche Westausdehnung des Slaventums überhaupt ins Blickfeld von Historikern und Publizisten. So bezeichnete es Wilhelm Bogusławski im Vorwort zu seiner monumentalen vierbändigen ‚Geschichte des nordwestlichen Slaventums bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts‘ als sein Ziel, dem Leser die enge Verbindung zwischen den westslavischen Stämmen und den Bewohnern des piastischen Polen sowie die ursprüngliche ethnographische Grenze zwischen Germanen und Slaven in Erinnerung zu rufen. Diese Grenze wurde in einzelnen Darstellungen unter Rückgriff auf eine teilweise recht abenteuerliche Interpretation von Ortsnamen sowie mittelalterlichen und antiken Quellen über ihren ungefähren Verlauf entlang der Flussläufe von Elbe und Saale hinaus noch sehr viel weiter nach Westen verlegt.*“[18]

Vor Weltkriegsende erschien 1917 in Moskau eine Broschüre des Journalisten Bolesław Jakimiak, in der er sich Gedanken darüber machte, wie die in den Jahrhunderten zuvor vollzogenen Germanisierungsprozesse rückgängig zu machen wären. Dabei stellte sich die Deutsche Ostsiedlung für ihn so dar:

> „(...) *man beachte, dass das zahlenmäßig verhältnismäßig kleine, nur aus einer Handvoll Stämmen (Sachsen, Bayern, Franken) hervorgegangene und zwischen Rhein und Weser siedelnde deutsche Volk mit Hilfe von Intrigen und Winkelzügen, teilweise auch mit Hilfe einer besseren Bewaffnung und einer besseren Organisation, schrittweise ein um das vielfache größeres Territorium seiner Herrschaft unterwarf, das nicht sein eigenes war,* (...) *und der alteingesessenen slavischen Bevölkerung dieses Territoriums seine Sprache aufzwang. Man bedenke, dass es ein Volk, das derart räuberischen Instinkten gehorcht und bei der Entnationalisierung der Bevölkerung der einverleibten Gebiete derart rücksichtslos vorgeht, kein zweites Mal auf dem Erdball gibt.*“

Für Jakimiak galt als Westgrenze der ins Auge gefassten neuen Staatsgründung bereits die Oder und die Lausitzer Neiße.[19]

[18] Roland Gehrke, *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des Nationalismus*, Marburg (Herder-Institut) 2001, S. 130 f.
[19] Roland Gehrke, wie Anm. 18, S. 139.

2.3 Die polnische Westgrenze im Friedensvertrag von Versailles

Der Nationalpolitiker Roman Dmowski war polnischer Verhandlungsführer beim auszuhandelnden Friedensvertrag von Versailles. Er sprach sich für einen Anschluss Deutschösterreichs an Deutschland aus, weil er meinte, dass damit die preußische Vorherrschaft in Deutschland und die preußisch-deutsche Gefahr für Polen zu brechen sei.[20] Sein Territorialprogramm für das künftige Polen unter Missachtung vollständig deutsch besiedelter Gebiete sah hingegen so aus:

> „*1) Das österreichische Polen – Galizien und die Hälfte des österreichischen Schlesien (Teschen),*
> *2) das russische Polen – das Königreich Polen und die Gouvernements Kowno, Wilna und Grodno sowie einen Teil der Gouvernements Minsk und Wolhynien,*
> *3) das deutsche Polen – die historischen Gebiete: Posen und Westpreußen mit Danzig; zusätzlich Oberschlesien und der südliche Teil von Ostpreußen.*“[21]

Diese Forderungen blieben in diesem Ausmaß unerfüllt. Die deutschen Gebietsabtretungen hatten trotzdem zur Folge, dass die Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Reichsgebiet durch den „Polnischen Korridor“ und die als willkürlich empfundene Zerreißung des oberschlesischen Industriegebiets den Ruf nach einer Revision der „blutenden Grenze im Osten“ laut werden ließen.

2.4 Die Etablierung der polnischen Westforschung

Wie in der deutschen Ostforschung trugen verschiedene Wissenschaften zum Westforschungsprojekt bei, das sein Zentrum in Posen hatte. Die vorläufige Universitätsbenennung als „Piasten-Universität“ war bereits Programm und wies darauf hin, dass in einem Jahrtausendraum gedacht wurde, nämlich von Mieszko I. her, der als Erster in Berührung mit der sächsischen Expansion unter den Ottonen in Gestalt des Markgrafen Gero (Ostmark) gekommen war.[22] Neben der Nationalgeschichte waren es vor allem Archäologie, Geographie, Soziologie und Linguistik, die ihre Beiträge zur Erkundung der westlichen Gebiete leisteten, die einst von Slawen bewohnt waren, die im Zuge der vom Heiligen Römischen Reich ausgehenden mittelalterlichen Ostexpansion zurückgedrängt worden und großflächig völlig verschwunden waren.

Robert Brier schrieb 2003:

> „*Der Archäologe Józef Kostrzewski etwa sah die Rolle seiner Wissenschaft als Produzentin von Argumenten für politische Forderungen und erinnerte während des polnischen Historikertages im Jahr 1925 daran, dass die Geschichtswissenschaft in den Westgebieten schon immer den Zwecken der ‚Verteidigung der nationalen Existenz‘ gedient habe. Hatte sich diese politische Einstellung zu Wissenschaft in den Westgebieten des damaligen polnischen Staates zweifelsohne unter den besonderen Umständen des Germanisierungsdruckes im Deutschen Reich entwickelt, so erhielt sie spätestens seit der Mitte der Zwanziger Jahre durch den Aufstieg der Ostforschung in der Wissenschaftslandschaft der Weimarer Republik erhöhte Aktualität. Nach der Entstehung von deutschen Osteuropa-Forschungsinstituten in Königsberg und Breslau während des Ersten Weltkriegs war es besonders die 1926 gegründete Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung, die dieser For-*

[20] Vgl. Andreas Lawaty, wie Anm. 6, S. 38.
[21] Roland Gehrke, wie Anm. 18, S. 304.
[22] Vgl. Robert Brier, wie Anm. 4, S. 53.

schungsrichtung ein institutionelles Gepräge sowie eine inhaltliche und methodische Stoßrichtung gab.“[23]

Wie eng die Berührung mit deutschen Konzepten war, zeigte sich beispielhaft darin, dass der Westforscher Józef Kostrzewski bei Gustaf Kossinna studiert hatte. Der hatte die These entwickelt, dass die slawische Kultur zivilisatorisch jünger sei als die deutsche. Ihr Entstehen verdanke sie wesentlich germanischer Kultur, weshalb Mitteleuropa bis zur Weichsel gleichsam germanische „Urheimat“ gewesen sei. Kostrzewskis wissenschaftliche Tätigkeit bestand darin, Kossinna zu widerlegen.

Rudolf Jaworski stellt fest, dass sowohl in der polnischen West- wie in der deutschen Ostforschung „hochpolitische Forschungsanliegen“ im Streit um Territorien, Minderheiten und Kultureinflüsse entstanden waren. Sie hätten den Zweiten Weltkrieg überdauert „und lange Zeit das geistige Klima zwischen beiden Ländern vergiftet, da sie über die wissenschaftliche Arbeit hinaus auch publizistisch und pädagogisch wirksam wurden“.[24]

2.5 Zweiter Weltkrieg

Mit dem Überfall auf Polen und der nationalsozialistischen Absicht, Polen als „Kolonialland“ (Hanns Johst, 1940) zu behandeln und die Führungsschichten zu vernichten, wurde auch die Posener Universität 1941 in eine „Reichsuniversität“ verwandelt. Das bedeutete für die Westforscher Untergrundarbeit, zumal eine von deutschen Ostforschern erstellte Liste existierte, auf deren Grundlage die Gestapo die Vertreter der Westschule identifizierte und verfolgte.[25] In der in Posen gegründeten Untergrundorganisation „Ojczyzna“ – „Vaterland“ – trat der Mittelalterhistoriker und Staatsrechtler Zygmunt Wojciechowski hervor. Sein Betätigungsfeld war „*die Leitung des Westbüros der Regierungsdelegatur in Warschau. Bestand die ursprüngliche Aufgabe dieser Institution in der politischen Vertretung der polnischen Gebiete, die ans Reich angeschlossenen waren, begann man sich dort unter dem Schlagwort der ‚geforderten‘ oder ‚zurückkehrenden Gebiete‘* [*ziemie postulowane, ziemie powracające*] *allerdings auch mit Fragen der Übernahme von Territorien jenseits der Westgrenze von 1939 zu beschäftigen, ein Arbeitsbereich, der nach 1943 dominierte (...) Ziel des Weststudiums war zum einen die Propaganda für möglichst weitgehende Gebietsforderungen. Zum anderen sollten diese Forderungen durch die Fortführung und Ausweitung der Westforschung untermauert und ihre Realisierung vorbereitet werden. Verwirklicht werden sollte dies durch die Erforschung der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen und der geforderten Gebiete sowie die Dokumentation deutscher Verbrechen während der Okkupation.*“[26]

Wichtig war die Zusammenarbeit mit der zunächst in Frankreich und dann in London wirkenden polnischen Exilregierung und sie mit Rückmeldungen und Material für die anstehenden Verhandlungen mit den drei Alliierten Sowjetunion, England und USA zu versorgen.[27] Ein

[23] Robert Brier, wie Anm. 4, S. 12 f.

[24] Rudolf Jaworski, *Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung*, S. 12, in: *Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich*, hrsg. von Jan M. Piskorski / Jörg Hackmann / Rudolf Jaworski, Osnabrück (fibre) 2003, S. 11-23.

[25] Robert Brier, wie Anm. 4, S. 21.

[26] Robert Brier, wie Anm. 4, S. 19.

[27] Eine ausführliche, bisher nicht zur Kenntnis genommene Dokumentation der Emigrantenpresse, die das Terrain bei den Alliierten in polnischem Interesse pflegen sollte, legte die *Publikationsstelle Berlin-Dahlem* 1943 vor: Dr. Gerhard Sappok, *Polnische Wunschträume. Die Propaganda der Polen in England und in den USA unter besonderer Berücksichtigung ihrer Westausdehnungspropaganda (1939-1942)*. Berlin 1943. – Von diesem Buch gibt es – 1943 „*nur für den Dienstgebrauch*“ veröffentlicht – 1 Exemplar im Marburger Herder-Institut aus

1943 erstelltes Memorandum verlangte die Schaffung vollendeter Tatsachen nach dem Krieg noch vor einer Friedenskonferenz. Dem Ziel der Westverschiebung diente auch die Forderung, die deutsche Bevölkerung aus den neuen Territorien vollständig auszusiedeln. Damit sollte die Möglichkeit der Durchführung von Plebisziten ausgeschlossen werden, mit denen man nach dem Ersten Weltkrieg schlechte Erfahrungen gemacht hatte.[28]

Der Warschauer Aufstand von 1944 bedeutete eine Umorientierung der zunächst rein nationalpolnisch ausgerichteten Bestrebungen. Wojciechowski vollzog die Anpassung an die künftige sowjetrussische Dominanz am schnellsten, weil absehbar war, dass die eigenen Forderungen nur Chancen auf Verwirklichung hatten, wenn Josef Stalin von ihnen überzeugt war. Denn Stalin wollte Russland ebenfalls auf Kosten Polens nach Westen verschieben, was ihm umso leichter gelingen würde, wenn er den Verlust durch den in der Westforschung so begehrten Erwerb von Gebieten im Westen kompensierte, die als „*urpolnisch*“ und als „*Mutterländer*“ (Wojciechowski), weil piastisch galten. So hatte Stalin schon 1941 Władysław Sikorski die Zusage gemacht, dass die künftige polnische Westgrenze die Oder sein werde. Im Juli/August 1944 legte er sich gegenüber der polnischen Exilregierung – dem nach dem Bruch mit der Londoner Exilregierung 1944 gegründeten, unter kommunistischer Führung stehenden „*Lubliner Komitee*“ – zum ersten Mal auf die Oder-Neiße-Linie als Grenzverlauf fest und sicherte den Besitz von Stettin und Breslau zu.[29] Das hatte für Wojciechowski und die von ihm geleitete Westforschung unmittelbare Folgen: Ende 1944 wurde über ein *Instytut Zachodni* (= West-Institut) nachgedacht, das dann im Februar 1945 in Posen gegründet wurde und das Wojciechowski bis zu seinem Tod 1955 leitete. Das Bündnis mit den Russen erfuhr dabei folgende Legitimation, indem es dem panslawischen Zusammenhang zugewiesen wurde: „*Der Kern der slawischen Welt sind zweifelsohne die russische (großrussische) und die polnische Nation*“ (Zygmunt Wojciechowski, 1951).[30]

Als Schlüsselwerk und „Flaggschiff“ des „polnischen Westgedankens“ gilt Wojciechowskis 1945 veröffentlichtes Buch „*Polska-Niemcy. Dziesięć wieków zmagań*“ (= *Deutschland und Polen. Tausend Jahre des Ringens*). In ihm wird eine Antwort auf Franz Lüdtkes Buch über den Krieg gegen Polen von 1941 „*Ein Jahrtausend Krieg zwischen Deutschland und Polen*“ (Geschichtsfibeln für Wehrmacht und Volk 3, Stuttgart 1941) gesehen. Wojciechowski entwickelt darin den Gedanken, dass Polen mit der „*Rückkehr*“ an Oder und Neiße „*die Gesamtheit seiner Mutterlande*“ wiedergewinnen würde.[31]

der Bücherei der Publikationsstelle. Es umfasst 128 Seiten und einen neunseitigen Anhang mit Foto-, Grafik- und Kartenmaterial. Alle Positionen, wie sie Brandes, Brier oder Gehrke darlegen, haben hier ihren reichlich ausformulierten Niederschlag gefunden.

[28] Robert Brier, wie Anm. 4, S. 20.

[29] Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*, München (Oldenbourg) ²2005, S. 465, 469.

[30] Zitiert bei Robert Brier, wie Anm. 4, S. 84 – Hannah Arendt stellte 1956 fest, dass für Stalin der Panslawismus ein solch treibendes Handlungsmoment gewesen sei wie für Hitler der Pangermanismus, und zwar immer auf Kosten der kleineren Völker im Rahmen der „messianischen Mission“ des russischen Volkes (*Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1956, [8]2001, S. 473).

[31] Nach Grzegorz Strauchold spielte Wojciechowski mit seinem Titel „zweifellos auf das 1941 in Stuttgart veröffentlichte Buch von Franz Lüdtke ‚*Ein Jahrtausend Krieg zwischen Deutschland und Polen*‘ “ an (in: Jan M. Piskorski / Jörg Hackmann / Rudolf Jaworski [Hrsg.], *Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich.* Mit einem Nachwort von Michael Burleigh. Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung, Band 1, Osnabrück [fibre] 2002, S. 69). – Die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen hatte sich spätestens seit 1848 in der Tat und allen Ernstes auf einen im 20. Jhd. auf 1000 Jahre fantasierten nationalgeschichtlich und vor allem symbolpolitisch aufgerüsteten Rahmen kapriziert. (Vgl. zu Franz Lüdtke www.himmlers-heinrich.de/heinrich_I.pdf , S. 114 f.)

Nach etlichen Krisen und Schwerpunktverlagerungen vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges besteht das Institut fort und bleibt Zentrum der Beschäftigung mit Deutschland.

2.6 Die Westforschung und die „wiedergewonnenen Gebiete“

In der Zeitschrift des „Polnischen Westverbandes“ (*Polski Związek Zachodni*, PZZ) „*Polska Zachodnia*“ Nr. 4 vom 26. August 1945 wurden die vor allem von Winston Churchill geäußerten Zweifel an der Berechtigung der Oder-Neiße-Grenze mit dem Hinweis zerstreut, „*dass Polen nur einen Teil der seit urdenklichen Zeiten slawischen Gebiete neuerlich besitze; unter Berufung auf das historische Recht, das sogar von den Deutschen bestätigt worden sei, könne Polen eigentlich alle slawischen Gebiete bis zur Elbe zurückfordern, obwohl es dies nicht tue*“ (siehe weiter oben Wilhelm Jordan und Heinrich Wuttke 1848). 1946 veröffentlichte dann das „Slawische Komitee“ in Breslau als ersten Band der „Slawischen Bibliothek“ das Buch des früheren Nationaldemokraten Karol Stojanowski „*Über die Reslawisierung Ostdeutschlands*“ (*O reslawizację wschodnich Niemiec*). Der Autor ging davon aus, dass, ausgehend von den Sorben der Lausitz, die erloschene slawische Sprache durch die Ansiedlung einer slawischen Kernbevölkerung auf ostdeutschem Gebiet neu belebt werden könne. Zum Vergleich dafür, wie so etwas gelinge, verwies er auf die Rückkehr der Juden nach Palästina und zur Wiedereinführung des Altslawischen auf das modernisierte Bibelhebräisch.[32] Stojanowski wollte mit dem Entstehen westslawischer Staaten westlich der Oder die Gewähr dafür haben, dass in dem auszuhandelnden Friedensvertrag der preußische Staat „*ohne Wiederbelebungschancen*“ für immer untergehe. Er meinte, dass das auf seine „*westlichen und südlichen Territorien begrenzte Deutschland* (...) *viel von seiner eroberungssüchtigen Psyche verlieren*“ würde.

Während der Anschluss der Lausitz an Polen mit breiter Resonanz diskutiert wurde, wurden die Vorstellungen zur Reslawisierung bis zur Elbe für unrealistisch gehalten. [33] Allerdings wurde darauf gedrungen, dass die Hauptstadtrechte von Berlin nach Westen verlagert wurden. Man fürchtete nämlich, dass durch Berlin als Hauptstadt die preußische Tradition weiterwirken und die Reichsidee Bismarcks und Hitlers unterstrichen würde. „*Eine künstliche Gravitation ganz Deutschlands nach Osten*“ sollte auf jeden Fall vermieden werden.[34] 1943 war ein polnisches Programm zur Teilung Deutschlands in einen nordöstlichen (sog. Kolonie [!]) und einen südöstlichen (sog. Metropole) Teil entwickelt worden. „*Der nordöstliche Teil, nämlich*

[32] Solche Erwägungen haben nichts Befremdendes, weil der europäische Kolonialismus bei aller Konkurrenz einen regen Austausch über einmal gelungene und bewährte Verfahrensweisen zur Ausweitung der eigenen Expansionen pflegte, was sich in der seit dem 19. Jahrhundert üblich werdenden Terminologie von „Greater Britain“, „La plus grande France“, „Großdeutschland“, „Großpolen“ und schließlich im weiter angestrebten „Greater Israel“ zeigte und zeigt. Gershon Shafir legt in seinem Buch von 1989 „*Land, Labor and the Origins of the Israeli-Palestinian Conflict, 1882-1914*“ dar, wie das von nach Palästina eingewanderten Juden zunächst beabsichtigte Kolonisationsverfahren mit arabischen Arbeitskräften nach dem Vorbild der französischen Kolonisation in Algerien aufgegeben wurde, weil die jüdische Ansiedlung stattdessen sich besser nach dem Muster der preußischen *Germanisierungspolitik* der *königlich preußischen Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen* bewerkstelligen ließ, nämlich Landerwerb dort zu betreiben, wo die palästinensischen bzw. polnischen Bewohner lebten und gegen sie mit eigenen Arbeitskräften die jüdischen bzw. preußischen Kolonisationsabsichten um- und durchzusetzen. Der Zionismus habe daraus dann die Kibbuz-Bewegung entwickelt und nur mehr „hebräische Arbeit“ auf dem einmal erworbenen Land zugelassen, wie es in Preußen um „deutsche Arbeit“ auf dem zu „germanisierenden“ Boden ging (siehe dazu: Shlomo Sand, *Les mots et la terre. Les intellectuels en Israël*, Flammarion, Paris 2010, S. 274). – Noch etwas bemerkenswert Entscheidendes: Polen waren vor dem Krieg an der Ausbildung polnischer Zionisten zu Partisanen im Kampf gegen die britische Mandatsmacht in Palästina beteiligt: Notiz zu Mark Mazower (2009) und Timothy Snyder (2013 u. 2015), S. 9 f.

[33] Andreas Lawaty, wie Anm. 6, S. 206 ff.

[34] Andreas Lawaty, wie Anm. 6, S. 211.

Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg und Braunschweig, sollte in jedem Fall einer wesentlich schärferen Kontrolle durch die Sieger unterworfen werden als der südöstliche Teil.“[35]

Noch im Oktober 1945 wurde das „*Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete*“ gegründet. Es bestand bis 1949. Ihm oblag es, für die grenzkolonisatorische Integration der Gebiete zu sorgen, die nach der Vertreibung der Deutschen mit polnischer Bevölkerung zu besiedeln waren. Die Arbeit der Westforscher sollte dazu dienen, „*die Regierung bei Nationalitätenproblemen sowie wirtschaftlichen, demographischen und ‚kolonisatorischen‘ Fragen in Bezug auf die neuen Westgebiete zu beraten*“.[36] Die Westforscher fanden so eine politische Legitimation ihrer Arbeit, die sich in der vom Institut bis heute herausgegebenen Zeitschrift *Westrundschau* (*Przegląd Zachodni*) niederschlug. Ab 1945 erschien sie mit großer Regelmäßigkeit monatlich.

> „*Dieses wichtigste Organ der polnischen Westforschung bildete erstens als Fachzeitschrift die Möglichkeit der Veröffentlichung von Aufsätzen und Rezensionen. Darüber hinaus war sie ein Forum, auf dem sich die Westforscher durch Diskussionen, Polemiken, Forschungsberichte oder Leserbriefe austauschen konnten oder über die Tätigkeit anderer Institute und Einrichtungen berichtet wurde. Neben diesen wissenschaftlichen Beiträgen finden sich aber auch gelegentlich Texte, die einen eher programmatischen oder sogar propagandistischen Charakter hatten und sich auf aktuelle Ereignisse bezogen, wie z.B. ein Leitartikel Wojciechowskis, in dem er den Ausgang des Krieges mit dem ‚polnischen‘ Sieg der Schlacht von Grunwald verglich.*“[37]

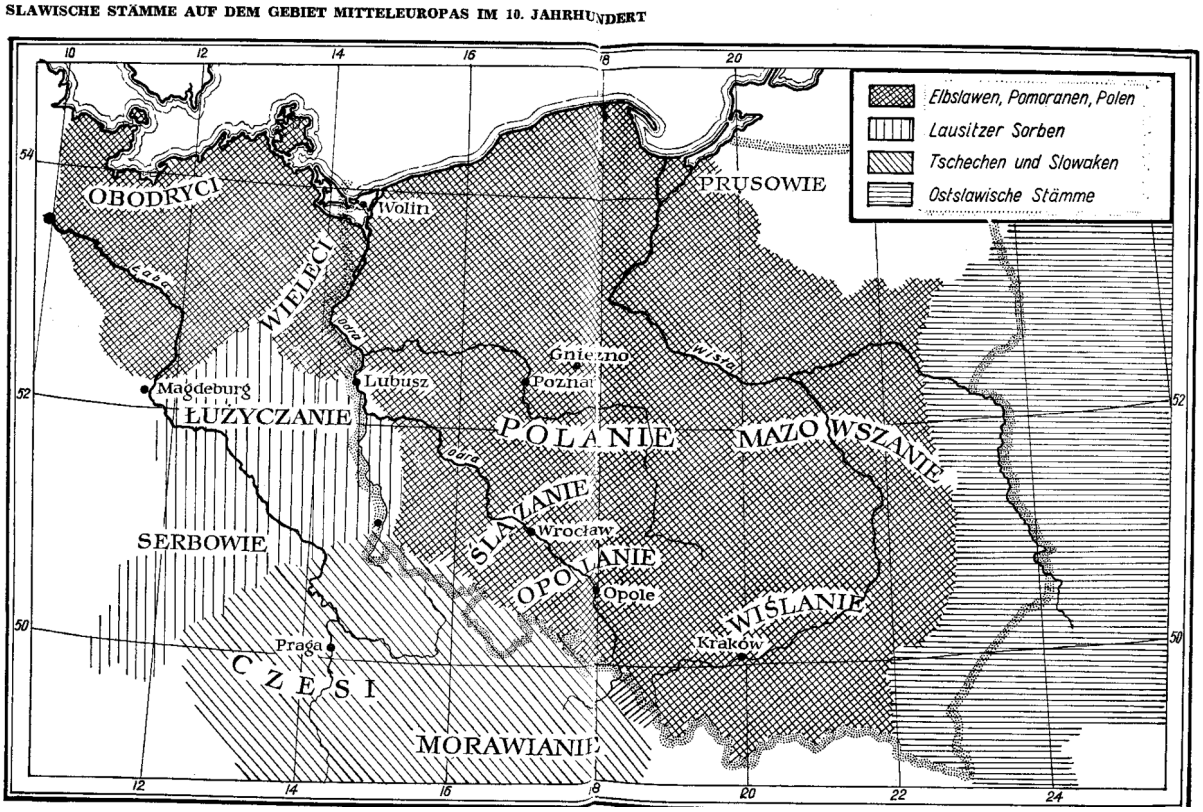
In der Volksrepublik Polen wurde die Westforschung „*zu einer staatstragenden Wissenschaft erhoben und entsprechend finanziert*“. Sie hat nach Rudolf Jaworski zur Sicherung des kommunistischen Herrschaftsanspruchs beigetragen und antwortete auf die restaurativen Tendenzen der deutschen Ostforschung ebenfalls als „*Frontwissenschaft*“ zweier verfeindeter Machtblöcke. Dabei sei aber die Oder-Neiße-Linie „*nur bedingt eine deutsch-polnische Angelegenheit*“ gewesen.[38]

Für den britischen Historiker Norman Davies hat sich in der Nachkriegszeit Folgendes abgespielt:

> „*Seltsamerweise fiel die Übernahme nationalistischer Ideen durch die Kommunisten zeitlich mit der Beseitigung der ethnischen Minderheiten und der Umwandlung der polnischen Gesellschaft zusammen. Während Stalin auf die polnische kommunistische Partei einen radikalen Einfluss ausübte, schuf er ein mononationales Polen. Während Dmowskis Ideen in der Ideologie der Nachkriegszeit unerwartet wiederauflebten, gingen ebenso unvorhergesehen seine kühnsten ethnischen Träume in Erfüllung: es entstand ein Polen, in dem ausschließlich Polen lebten.*“[39]

[35] Andreas Lawaty, wie Anm. 6, S. 99.
[36] Robert Brier, wie Anm. 4, S. 25.
[37] Robert Brier, wie Anm. 4, S. 29. – Siehe dazu: Bilder zu grunwald 1410 und berlin 1945.
[38] Rudolf Jaworski, wie Anm. 24, S. 17 f.
[39] Norman Davies, *Im Herzen Europas: Geschichte Polens*, 4., durchgesehene Auflage, München (C. H. Beck) 2006, S. 137. – Die NS-Ideologen hatten die zu werbenden reichs- und volksdeutschen Siedler für die eroberten Ostgebiete ködern wollen, indem es im *SS=Leitheft-Kriegsausgabe*, Jg. 6, Folge 2b (1941), S. 6 mit dem Hinweis auf einen 1858 gefundenen germanischen Runenspeer nahe Kowel in Wolhynien hieß: „***Der Siedler im Osten ist kein ‚Kolonist‘**: Wer im Ostraum siedeln wird, der pflügt auf heiligem Boden! Ihm selbst kann es geschehen, dass die Schar seines Pfluges ein Beweisstück dessen herauswirft, eine Urkunde, zeugniskräftiger als Pergamente und Papiere. Ein Beweisstück alter germanischer Siedlung im Osten.*“ Dieses Schmackhaftmachen

2.7 „*Abriss der Geschichte Polens*“ (Warschau 1967): eine Karte zum 10. Jahrhundert



Slawische Stämme auf dem Gebiet Mitteleuropas im 10. Jahrhundert[40]
(Zu den Elbslawen, Pomoranen und Polen zählen im Nordwesten auch die Obodryci = Obodriten und die Wieleci = Wilzen. Die Flüsse von West nach Ost: Laba = Elbe; Odra = Oder mit dem Nebenfluss Warthe; Wista = Weichsel. Das einst von Obodriten besiedelte Fehmarn wurde 1944 noch von den Sowjetrussen als Beginn der künftigen SBZ-Grenze gefordert.)

Die Karte gehört in das Einleitungskapitel „*Die Anfänge des polnischen Staates*“, in dem festgestellt wird, dass es bis zur Mitte des 10. Jahrhunderts zwar eine geographisch-ethnische, aber noch keine politische Einheit gab. Diese Einheit entstand unter Mieszko I., dessen Herrschaft sich im Westen über das ganze Flussgebiet der Oder erstreckte, und Boleslaw Chrobry, der Anfang der 1000er Jahre zeitweise die von Slawen bewohnte Ober- und Niederlausitz und die so genannte Meißener Mark in Besitz nehmen konnte.

fruchtete nicht, denn die Siedler blieben aus, zumal der Krieg an anderes denken ließ. – Im Polen der Nachkriegszeit sah das unter anderen Voraussetzungen nicht anders aus. So zeigte ein Referendum am 30. Juni 1946, dass 73,1 Prozent der Polen die Oder-Neiße-Grenze ablehnten (vgl. Jürgen Joachimsthaler, *Philologie der Nachbarschaft. Erinnerungskultur, Literatur und Wissenschaft zwischen Deutschland und Polen*, Königshausen & Neumann, Würzburg 2007, S. 14). Da die Besiedlung aber von Polen erfolgte, die aus inzwischen russisch besetztem Gebiet vertrieben wurden, war über das Referendum nichts mehr zu entscheiden. Die bevölkerungspolitische Ideologie der Entscheidungsträger sowohl auf russischer wie auf national-polnischer Seite berücksichtigte sowieso nicht, was die wirklichen Interessen der zu Menschenmaterial und Manövriermasse degradierten Neusiedler anging. An den Westforschungsideologen lag es, Überzeugungsarbeit für das angeblich „Heilige“ des neuen alten polnischen *Volksbodens* oder – in der Terminologie von Wojciechowski – der „*Mutterländer*“ zu leisten.

[40] Stanislaw Arnold, Marian Zychowski, *Abriss der Geschichte Polens. Von den Anfängen des Staates bis in die neueste Zeit*, Polonia-Verlag, Warschau 1967, S. 8-9. - Im Jahr 1966 feierte Polen sein 1000-jähriges Bestehen, das für die polnische katholische Kirche mit dem Taufdatum Mieszkos I. zusammenhängt. Die Entstehung dieses auf Deutsch veröffentlichten Geschichtswerkes ist diesem Gedenken zuzuschreiben.

Wird dann im letzten Kapitel „*Die Volksrepublik Polen*“ von den „*wiedererlangten Gebieten*“ („*Westgebieten*“) gesprochen, bezieht sich das, ohne dass es näher erläutert wird, wie selbstverständlich auf den ersten polnischen Staat in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts.[41] Die Karte deutet an, wie 1945 die polnischen Gebietsansprüche legitimiert wurden, dass nämlich „*Polen nur einen Teil der seit undenklichen Zeiten slawischen Gebiete neuerlich besitze; unter Berufung auf das historische Recht, das sogar von den Deutschen bestätigt worden sei, könne Polen eigentlich alle slawischen Gebiete bis zur Elbe zurückfordern, obwohl es dies nicht tue*“ (vgl. S. 14 dieser Ausführungen).[42]

Fast völlig untergegangen ist jedoch seit 1945, dass polnische Streitkräfte mit der Roten Armee am 2. Mai 1945 an der Eroberung und Einnahme von Berlin beteiligt waren, ihre Nationalfahne auf der Siegessäule hissten und neben den russischen Soldaten und der roten Fahne am Brandenburger Tor ein eigenes Banner anbrachten.[43] Teile dieser Streitkräfte kämpften sich dann bis nach Sandau an die Elbe durch, woran zunächst am 20. Jahrestag zur Erinnerung ein Denkmal errichtet wurde, das dann wieder verschwand, bis an seine Stelle zum 30. Jahrestag 1975 das heute zu sehende Denkmal entstand, das eindrucksvoller an die Präsenz der Polen bei Kriegsende an der Elbe erinnert. Denn an der Elbe angelangt zu sein hieß zu zeigen, wo einst die slawische Siedlungsgrenze zwischen Germanen und Slawen verlief:

Denkmal für die 1. Polnische Division in Sandau[44]

[41] Stanislaw Arnold, Marian Zychowski, wie Anm. 40, S. 230, 233 f., 238.

[42] Auch im polnischen Memorandum zur Vorbereitung der Potsdamer Konferenz unterstreicht der stellvertretende polnische Außenminister, **wie bescheiden** die Forderungen Polens insgesamt ausfallen. Siehe Der deutsch-slawische 1000-Jahre-Mythos und das Zonenprotkoll, S. 65, 68.

[43] https://politik-bei-uns.de/file/561ddf3c1ae6a00619811ca8.

[44] Siehe dazu auch Zu sechs polnischen Denkmaelern in der DDR (1965-1980).

(Foto: Eberhard Nickel, Kranzniederlegung am 8. Mai 2020)

3 Golo Mann 1966 über die „Wiedergewonnenen Gebiete“

Als Golo Mann 1966 seine „*Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*“ von 1958 um ein Kapitel erweiterte, um über Potsdam und die Folgen zu schreiben, waren ihm einerseits manche Dinge, wie zum Beispiel das Londoner Zonenprotokoll vom 12. September 1944, offenbar noch nicht zugänglich, wie er andererseits keinen Gedanken darauf verwendete, was denn deutsche Ostforschung wie polnische Westforschung für eine Geschichte hatten und was sie für ein Verhältnis zueinander pflegten. Pauschal urteilt er über die deutschen Historiker, die er „nationalliberal“ nennt: Sie hätten „*Bismarck im Kaiser, im Ersten Krieg, negativ in ‚Weimar‘, halbzweifelnd und halbbegeistert in Hitler sich fortsetzen sehen. Sie schwiegen jetzt, teils, weil sie tot, teils weil sie am Ende ihrer blamierten Weisheit waren*“.[45] Eine Gestalt wie Albert Brackmann kommt bei ihm nicht vor.

So geht er dann entsprechend wegwerfend mit der polnischen Terminologie um, in der die Verschiebung zur Oder-Neiße-Linie als eine Rückkehr in die „*wiedergewonnenen Gebiete*“ ausgegeben wurde. Noch unbekannter scheint ihm gewesen zu sein, in welche Terminologie die in Polen eroberten Gebiete im Nationalsozialismus eingeordnet worden waren und das „Wiedergewinnen“ einen wichtigen Teil der Rechtfertigung des Gewinns von „Lebensraum im Osten“ ausmachte. Als nämlich die Volksdeutschen in die neu eroberten Gebiete umgesiedelt wurden, hieß es vom „*Besitz des neuen Raumes*“ in der entsprechenden Kriegsausgabe der „*SS-Leithefte*“: „*Er wuchs uns durch die Wiedergewinnung alten deutschen Volks- und Kulturbodens im Osten zu.*“[46] Hier war Bezugspunkt für die „Wiedergewinnung“ die Völkerwanderung. So hieß es im gleichen Heft auf S. 6 in Rückerinnerung an die einstmals von Germanen bewohnten und bearbeiteten Gebiete: „*Wer im Ostraum siedeln wird, der pflügt auf heiligem Boden!*“

Was bei Kriegsende Leitlinie der Sieger war, ist gewiss richtig gesehen: „ (...) *ausgeträumt der Traum der Achtundvierziger, der Traum von der ‚imperialen Mission‘, der überspannte Bogen zerrissen. Ein furchtbarer Gegenschlag hatte die getroffen, die sich zu Herren über Osteuropa hatten machen wollen. Keine komplizierten Grenzstreitereien mehr wie 1919, keine Volksabstimmungen, kein Schutz von ‚Minderheiten‘, sie hatten zu verschwinden.*“[47] Zuvor führt er deshalb aus: „*Wir geben nichts für die historischen Argumente, mit denen die Polen ihre Annexionen der ‚wiedergewonnenen Gebiete‘ rechtfertigten; sie sind närrisch.*“[48]

Das sind starke, aber kurzsichtige Worte. Wie wenig sich nämlich für Golo Mann erschloss, was er selbst zitiert, dass nämlich Stalin im Jahre 1945 hören ließ, dass „*der hundertjährige Kampf zwischen Slawen und Germanen (...) mit einem Sieg der Slawen geendet*“ hatte,[49] zeigt sich darin, wie er die Grenzziehungen der Sieger zu verstehen versucht. Er schreibt: „*Es war kein Plan bei der Sache; bei den drei Westmächten so wenig wie bei den Russen.*“[50]

[45] Golo Mann, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 1966, S. 1033. (Neuauflage 2009)
[46] *SS=Leitheft-Kriegsausgabe*, Jg. 6, Folge 2b (1941), hg. von Der Reichsführer SS, SS=Hauptamt= Schulungsamt, Berlin SW 68, Hedemannstraße 24, S. 3.
[47] Golo Mann, wie Anm. 45, S. 970 f.
[48] Golo Mann, wie Anm. 45, S. 970.
[49] Golo Mann, wie Anm. 45, S. 968.
[50] Golo Mann, wie Anm. 45, S. 974.

Das trifft auf die drei Westmächte sicher zu, aber nicht auf die Slawen, an deren Spitze sich Stalin panslawistisch agieren sah, um sein Regime durchzusetzen.

Bemerkenswert immerhin, dass Mann den Bogen zurück bis 1848 schlägt. Entgangen ist ihm dabei, dass der von Jordan damals für die Deutschen hervorgehobene „*gesunde Volksegoismus*“ auch in das Vokabular der Polen eingegangen war, wo Dmowski und andere den leicht abgewandelten Begriff in ihr national-polnisches Programm übernahmen.[51] Denn von dort her gab es, wie Hans Rothfels bereits 1935 und in Wiederauflage 1960 registrierte, eine Linie, die sich in der Teilung Deutschlands niederschlug.[52]

Nach heutigem Forschungsstand ist in ganz anderem Sinne, als Mann es veranschlagt, der Bezug auf 1848 vor allem ein Merkmal der sowjetischen Bemühungen, in der Sowjetischen Besatzungszone nach 1945 den diktatorischen Absichten eine scheindemokratische Legitimation zu unterlegen und dabei auf die Gründung gesamtdeutscher Parteien, Gewerkschaften und Jugendausschüsse zu zielen, noch bevor in den Westzonen sich andere politische Kräfte artikulierten. In einem „Manifest“ formulierten nach Stalins Anweisungen unter der Leitung von Georgi Dimitrow[53] die Moskauer KPD-Funktionäre aus Deutschland, wie dem damals von Preußen aus propagierten „*gesunden Volksegoismus*“ den Slawen gegenüber zu begegnen sei:

> „*Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die [in der bürgerlichen Revolution von] 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.*“[54]

Auch in den „Verfassungsentwurf der deutschen demokratischen Republik“, die nach dem Vorbild der sowjetischen Stalin-Verfassung von 1936 formuliert wurde, sind die Bezüge auf 1848 eingebaut, indem man sich auf die dort verankerte bürgerlich-demokratische Tradition berief.[55] Die nämlich waren in der Polendebatte der Achtundvierziger verraten worden, als im Anschluss an Wilhelm Jordans Rede am 24. Juli 1848 der nationalistische Machtgedanke sich gegen die demokratische Linke in der Nationalversammlung durchsetzte.[56]

Es ist also ganz offensichtlich, dass dem Jahr 1848 mit den Diskussionen in der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche bei dem, was sich mit dem Vorrücken und dem Siege der *Roten Armee* abzuspielen begann, eine entscheidend wichtigere Bedeutung zukommt, als Golo Mann sich vorgestellt hat. Völlig unter den Tisch fällt bei ihm auch, dass es die in London ansässig gewordene Polnische wie auch die Tschechoslowakische Exilregierung gab, die beide bei den Alliierten Einfluss auf die Bedingungen bei der anstehenden deutschen Niederlage zu nehmen versuchten.[57]

[51] Roland Gehrke, wie Anm. 18, S. 6. – Siehe dazu auch Anm. 111 auf S. 46.
[52] Hans Rothfels, *Bismarck, der Osten und das Reich*, Darmstadt 1960, S. 11.
[53] Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Georgi_Dimitrow.
[54] Zitiert in Gerhard Wettig, *Stalins DDR. Entstehung und Entwicklung der kommunistischen Herrschaft 1945-1953*, Bundesstiftung Aufarbeitung, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2012, S. 16.
[55] Gerhard Wettig, wie Anm. 54, S. 35.
[56] Siehe dazu Veit Valentin, *Geschichte der deutschen Revolution 1848-1849*. Zweiter Band, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1970, S. 127.
[57] Siehe dazu vor allem Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*, München (Oldenbourg) ²2005.

4 „Panslawistischer Kommunismus“: Polen in der Kolonialismusfalle

Eugen Kogon reagierte in den „Frankfurter Heften“ von 1947 auf die damals noch nicht vertraglich abgesicherte Grenzziehung. Er ging allerdings in richtiger Einschätzung schon von vollendeten Tatsachen aus. Er schrieb, dass mit dem Kriegsende „*das Erbe von tausend Jahren vertan*“ und „*ein Jahrtausend deutscher Geschichte im Osten, wie sie war,* (...) *abgeschlossen*“ war. Wenn Polen seine im Westen hinzugewonnenen Gebiete wirklich integrieren wolle, werde ihm das nur als von Russland gestützte „*Vormacht eines panslawistischen Kommunismus*“ gelingen.[58]

Im Windschatten des Sowjetkommunismus eingerichtet, war der polnische Nationalismus über seine Besitzansprüche gegenüber dem „Deutschen Reich“ zwar geködert, aber zum Preis einer neuen Kolonialisierung in der Gestalt eines um seine Selbstständigkeit gebrachten Satellitenstaats: Die bis zur Oder-Neiße-Grenze die deutschen Gebiete dekolonisierenden Polen, indem sie sie polnisch „rekolonisierten“ oder „reslawisierten“, gerieten gleichzeitig in sowjetische Abhängigkeit. Diese Abhängigkeit ebenfalls Kolonialismus zu nennen ist zum Beispiel für den Leiter des in Halle ansässigen „Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung“ Christopher Hann gängige Münze.[59] Sie entspricht einer Erfahrung von Albert Memmi, die dieser im Nachwort zu seinem 1980 auf Deutsch erschienenen Buch „*Der Kolonisator und der Kolonisierte*“ festhielt:

> „*Eines Abends in einem gespenstischen Berlin, dessen wagnersche Ruinen im Widerschein einer flammenden Sonne leuchteten, fragte mich eine junge Frau, warum ich keine deutsche Übersetzung meines* Portrait du colonisé *veröffentlicht hätte. Ich erwiderte, dass dies nicht von mir, sondern von den deutschen Verlagen abhänge, und vor allem, dass mir eigentlich unklar sei, was für Deutschland, das seit langem keine Kolonien mehr hat, an diesem Buch interessant sein könnte. Darauf erklärte sie mir geduldig, die Hälfte des Landes sei von den Russen kolonisiert. Ihre eigene Familie lebte auf der anderen Seite der Mauer; ihr Vater, der wie sie den Lehrerberuf gewählt hatte, sah in der Situation nichts anderes als eine Kolonisierung, und sie dachte wie er. Ich gab ihr das unbestimmte Versprechen, darüber nachzudenken. Dann, wenige Monate später, erhielt ich ein Angebot des Syndikat-Verlags in Frankfurt, erinnerte mich an dieses Gespräch und sagte mir, dass das Leben von Büchern bezeichnend ist für das Leben, das wir führen. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, wenn - fast gleichzeitig - mit dieser späten deutschen Ausgabe nach einer baskischen und vor einer bald erscheinenden okzitanischen Ausgabe soeben auch eine italienische Übersetzung erschienen ist. Das vorliegende Buch ist das Ergebnis einer Arbeit, die ich nach zwei Vorträgen in Tunis über den Kolonisierten und den Kolonisator aufgenommen habe. Das war Anfang der 50er Jahre, liegt also mittlerweile 30 Jahre zurück! Vielleicht ist es nicht gerade sehr geschickt, an das hohe Alter eines Werkes zu erinnern, statt dessen immer noch aktuelle Nützlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Und sei es auch nur, um sich darüber zu wundern, dass das Kolonialverhältnis, die Mechanismen, die es beherrschen und deren Rück-*

[58] Walter Dirks und Eugen Kogon, *Verhängnis und Hoffnung im Osten. Das Deutsch-polnische Problem*, in: Frankfurter Hefte, 2. Jg. 1947, S. 470-487. Abgedruckt in: Wolfgang Benz (Hg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt am Main 1996, S. 156-177, hier S. 167, 172, 177.

[59] Christopher M. Hann, *Postsozialismus. Transformationsprozesse in Europa und Asien aus ethnologischer Perspektive*, Frankfurt-New York (Campus) 2002, S. 36.

wirkungen auf die Strukturen unserer Gesellschaften ihre Wirkung immer noch nicht verloren haben.“[60]

In seinem Nachruf auf den polnischen Reiseschriftsteller Ryszard Kapuscinski schrieb Ulrich M. Schmid 2007 in der „Neuen Züricher Zeitung“, dass für Kapuscinski Afrika und Polen die Erfahrung des Kolonialismus miteinander teilten. Er habe den sowjetischen Satellitenstaat als politische Fortsetzung der Kolonialisierung empfunden.[61] „*Auch die Armut war während des Zweiten Weltkriegs vergleichbar: Die Reportage aus Afrika wurde so gleichzeitig zum Bericht aus dem ‚Polnischen Busch‘ – so lautete der Titel von Kapuscinskis erster Essaysammlung (1962).*“

Inzwischen reicht das polnische Gedächtnis weiter zurück und ist mit der Autorin Jagoda Gregulska auf einer Internetseite zu besichtigen:

„*Als ich in Indien war, riefen die Leute auf der Straße mir ‚English, English‘ hinterher. Es war nutzlos, ihnen zu erklären dass ich Polin bin; für sie waren alle Europäer gleich. Oft musste ich mir wütende Vorträge gegen den Kolonialismus anhören. Für meine Gesprächspartner war es nicht einfach einzusehen, dass Polens Geschichte in den letzten 200 Jahren eher der einer Kolonie, als der einer Kolonialmacht entsprach. (...) In meinem Geschichtsunterricht war die polnische Kolonialvergangenheit kein Thema. Für Polen ist die Armut der Dritten Welt sehr weit weg und, abgesehen von der humanitären (manche sagen, christlichen) Verpflichtung zu helfen, sehen wir keinen moralischen oder historischen Grund dafür, Entwicklungshilfe zu leisten. Man nimmt selbstverständlich an, dass die Polen nichts mit der Ausbeutung von Kolonien zu tun hatten, daher haben wir auch keine moralische Verantwortung für die Armut der postkolonialen Staaten: die zentral- und osteuropäischen Staaten sind ‚unschuldig‘. – Das dachte ich zumindest. Umso mehr überraschte es mich, den Artikel zu lesen, den ‚The Weekly Mirror‘, eine liberianische Zeitung, 1936 veröffentlichte: ‚Nun braucht auch Polen, das bis 1914 von drei verschiedenen Ländern kolonisiert war und durch den Amerikaner Wilson das Recht auf Selbstbestimmung zugebilligt wurde, selbst Kolonien, nicht nur in Europa, sondern in Afrika. (...) Ein ehemaliger Diener (...) möchte Herr in einem afrikanischen Land werden.‘ Dies war die liberianische Reaktion auf die polnischen Siedlungen, die ab 1934 in Afrika gegründet wurden. Verärgert über diesen Artikel, bat der polnische Konsul in Liberia Warschau um Leitlinien ‚für den Fall, dass diese schmutzigen, übertriebenen [antipolnischen Zeitungsartikel] von örtlichen pseudo-zivilisierten und pseudo-demokratischen Niggern wiederholt werden‘. Warschau verlangte, der antipolnischen Kampagne ein Ende zu setzen; ihm wurde geantwortet, dass niemand in Liberia die freie Meinungsäußerung einschränken könne. Schließlich mussten die polnischen Pioniere Liberia verlassen, so wie wir ein paar Jahre zuvor auch Angola hatten verlassen müssen – ein Land, das in dem Brief einer polnischen Expedition als für eine polnische Niederlassung äußerst geeignet beschrieben wurde: ‚In*

[60] Albert Memmi, *Der Kolonisator und der Kolonisierte. Zwei Porträts*, Mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre, Frankfurt a. M. 1980, S. 133. – Joachim Gauck schreibt 2009 in seinen Lebenserinnerungen „*Winter im Sommer – Frühling im Herbst*“, dass das Leben in der mauerumzingelten DDR eine „*tägliche Beleidigung*“ gewesen sei.

[61] Während Aimé Césaire, Nachfahre schwarzafrikanischer Sklaven auf Martinique (Karibik) und Mitglied der französischen Nationalversammlung, in seinem „*Discours sur le colonialisme*“ von 1950, veröffentlicht 1955, die weltweiten kolonialen Befreiungsbewegungen noch an die marxistische Klassenkampftheorie als Stütze gebunden sieht, ist unmittelbar darauf nach den Enthüllungen Chrustschows seine Desillusionierung vom Sowjetkommunismus unter Stalin so groß, dass er in einem ausführlichen Brief an den Vorsitzenden der KPF, Maurice Thorez, am 24. Oktober 1956 seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Angola (…) verrichten die ‚weißen Männer' keine physische Arbeit. Nigger tun sie.' Allerdings wurden die polnischen Pläne, Angola zu kaufen, von den Portugiesen durchkreuzt, und die Polen wurden gezwungen das Land zu räumen. – Die Idee eines polnischen Reichs in Übersee erfreute sich zwischen den beiden Weltkriegen großer Beliebtheit. Beispielsweise behauptete der Meeres- und Kolonialbund, der Polen zu einer Kolonialmacht machen wollte, dass Polen Anspruch auf 10% der ehemaligen deutschen Kolonien hätte. 1937 wurde ein kolonialer 10-Jahres-Fahrplan erstellt. Er enthielt systematische Propaganda und Stipendien für am Kolonialismus interessierte Wissenschaftler ebenso wie Darlehen und finanzielle Garantien für diejenigen, die bereit waren, das Risiko auf sich zu nehmen und nach Afrika zu ziehen. Kolonien schienen ein Allheilmittel für jegliches Problem zu sein, auch des jüdischen. 1936 kam unsere Regierung zu dem Schluss, dass es die einzig effektive und endgültige Lösung der polnisch-jüdischen Spannungen wäre, die Juden nach Madagaskar umzusiedeln und auf der Insel ein neues Palästina zu gründen. (…)"[62]

Aus Russland wartet die Öffentlichkeit, vor allem aber auch die Wissenschaft, vergeblich auf ein Zeichen, dass die Geschichte des russischen Imperiums zur Kenntnis genommen und dargestellt würde. Denn es waren nicht erst die „Satellitenstaaten", an denen das kolonialistische Merkmal der russischen Vorherrschaft abgelesen werden konnte. Vielmehr ist bis ins 16. Jahrhundert zurückzugehen, als vom Großfürstentum Moskau aus, das Russland den lange geltenden Namen *Moskowien* verlieh, ein bis ins 20. Jahrhundert fortdauernder grenzkolonialistischer Expansionsprozess in Gang gesetzt wurde, zu dem bei Wikipedia Folgendes zu lesen ist:

„Die russische Expansion im Zarenreich vom 16. bis zum 20. Jahrhundert zeigt nach Wolfgang Reinhard einen ‚unmittelbaren geographischen und historischen Zusammenhang mit der mittelalterlichen Ostkolonisation Europas', wobei er die Besetzung Sibiriens ‚buchstäblich als Errichtung eines Neu-Europa' bezeichnet. Zu ihr habe in erheblichem Maße die vom Zaren schon im 16. Jahrhundert beauftragte Kaufmannsfamilie Stroganov beigetragen. Da die Kosaken als traditionelle Vorkämpfer der Grenzkriege über eine den Tataren und sibirischen Völkern vielfach überlegene Bewaffnung (Feuerwaffen) verfügt hätten, habe sich die Kolonisierung ‚nach Brutalität und rücksichtsloser Ausbeutung der Eingeborenen in keiner Weise von der spanischen Conquista' unterschieden. Zwischen 1943 und Mai 1944 hatte die sowjetische Geheimpolizei außerdem ganze Volksgruppen, z.B. Kalmücken, Tataren, Tschetschenen, Inguschen und Balkaren, in Viehwaggons über Tausende von Kilometern nach Sibirien deportiert (Wolfgang Sofsky).

Durch Einwanderung sei Sibirien heute jedoch ‚seiner Bevölkerungszusammensetzung nach der ‚russischste' Teil nicht nur der ehemaligen Sowjetunion, sondern auch von Russland im engeren Sinn – ein typischer Befund für ein Neu-Europa'. Das Entstehen von

[62] https://cafebabel.com/de/article/kolonialismus-wer-ist-unschuldig-5ae004a2f723b35a145db018/ - Vgl. zu den polnischen Madagaskarplänen auch Magnus Brechtken, *„Madagaskar für die Juden". Antisemitische Idee und politische Praxis 1885-1945,* München (Oldenbourg) 1998, S. 81-164. Noch bis zum Anfang der 1970er Jahre wurden infolge der Studentenunruhen von 1968 in Warschau, als deren Urheber in offizieller Lesart propagandistisch Juden und Intellektuelle ausgemacht wurden, etwa 20.000 Juden, unterstützt von antisemitischer Hetze, ausgebürgert. Sie mussten Polen verlassen und nach Israel, Westeuropa oder in die USA emigrieren. (Andreas Mix, *Kein Neuanfang in Polen. Verdrängter Exodus: Auf Studentenproteste von 1968 folgte eine antisemitische Hetze, die 20.000 Juden aus dem Land trieb*. In: Frankfurter Rundschau vom 10. März 2008. (Vgl. https://www.-fr.de/politik/kein-neuanfang-polen-11579185.html)

weltweiten ‚Neu-Europa' hat nach Wolfgang Reinhard in der Regel im 20. Jahrhundert deren Dekolonisierung verhindert.
Für Teile von Russland sieht das inzwischen anders aus. Dort habe sich seit 1990 ein ethnisch-nationaler Desintegrationsprozess abgespielt, der als Dekolonisation zu bezeichnen sei. Betroffen sind vor allem Gebiete in Kaukasien und Zentralasien, die in ‚durchaus kolonialistischer Weise' Russlands Herrschaft unterworfen worden seien. Dort habe sich nichts anderes vollzogen als in den Unabhängigkeitskämpfen Vietnams, Algeriens oder Tanganjikas. So schrieb Avi Primor am 3. September 2008 in der ‚Frankfurter Rundschau':
‚Heute erinnert Moskaus Sprache an die dunklen Zeiten des absoluten Nationalismus. Man spricht von verlorenen Territorien, von 80 Millionen Russen, die außerhalb russischer Grenzen leben müssen. Sollten diese 80 Millionen Menschen also auch Russland angehören? In Wirklichkeit hat Russland keine Territorien verloren, sondern musste den von ihm beherrschten Völkern die Unabhängigkeit gewähren, so wie die westlichen Kolonialmächte auf ihre Kolonien verzichten mussten. Auch sind außerhalb Russlands nicht unbedingt 80 Millionen Russen zu finden. In den südlich und nordwestlich Russlands gelegenen ehemaligen Sowjetrepubliken leben rund 17 Millionen russischsprachiger Menschen, die nicht alle unbedingt Russen sein wollen. Viele in Südossetien und Abchasien nehmen aus politischen Gründen russische Pässe an, ohne russischsprachig zu sein.' "[63]

[63] Vom Verfasser im Lemma „Grenzkolonisation" editiert.

5 „Reslawisierungs“-Absichten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR

Für Eugen Kogon war 1947 noch nicht nachvollziehbar, was sich über die Oder-Neiße-Linie hinaus für ein Zugriff auf „*ein Jahrtausend deutscher Geschichte im Osten, wie sie war*“, abzeichnete, obwohl die sowjetische Zonengrenzziehung zwischen West- und Ostdeutschland ebenfalls seit 1944 vorgegeben und in der „Potsdamer Konferenz“ von den Alliierten gebilligt worden war. Indessen hat sich in der Sowjetischen Besatzungszone bis in die DDR hinein etwas abgespielt, was den ins Auge gefassten „panslawistischen“ Charakter dieser Grenzziehung ebenfalls unübersehbar macht. Denn mit ihr sollte offenbar zumindest versuchsweise auch „*ein Jahrtausend deutscher Geschichte im Osten, wie sie war*“, zum Verschwinden gebracht werden. Berliner und westdeutsche Zeitungsnotizen geben darüber Auskunft. Ein der sorbischen Minderheit angehörender Wissenschaftler hat sie gesammelt und auf Sorbisch und Deutsch unter der Überschrift „*Serbołużyczanie z punktu widzenia prasy zachodnioniemieckiej w latach 1945-1990*“ auch ins Internet gestellt[64]:

* „Die Welt“ vom 19.02.1948 unter der Überschrift „*Slawophile Agitationen*“: „*Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges waren es Jugoslawien und die Tschechoslowakei, die zuerst öffentlich für die Wenden eintraten. (...) In Polen gab es 1945/46 eine rührige politische Gruppe, die sich mit der Oder-Neiße-Grenze nicht zufrieden geben wollte.*“

* „Der Kurier“ (Abendzeitung aus West-Berlin) vom 8.11.1946 unter der Überschrift „*Lausitzer Elbestaat*“: „*Doch kann man einen Lausitzer Staat auf dem kleinen Gebiet, auf dem gegenwärtig noch Reste der Wenden wohnen, nicht schaffen. Man will einen großen, zwei oder drei Millionen Menschen zählenden Lausitzer Staat schaffen, in dem die nichtgermanisierten Lausitzer die Möglichkeit der Reslawisierung ihrer germanisierten Landsleute haben. Dies müsse genügend rasch erfolgen, um zu einer weiteren Niederlage Deutschlands beizutragen.*“

* Die „Lübecker Freie Presse“ titelte am 16.12.1947: „*Sorbische Republik*“, der „Münchner Anzeiger“ am 27.10.1947: „*Traum vom Wendenreich*“.

* Die „Rheinpfalz“ schrieb am 15.9.1949, die „Norddeutsche Zeitung“ am 17.9.1949 unter der Überschrift „*Slawischer Grenzwall in Mitteleuropa*“: „*Deutsches Kernland wird zum Sorbenstaat. Erst unter anhaltendem Druck gab Sachsen nach und billigte durch Landtagsbeschluss im März 1948 das sogenannte Sorbische Freiheitsgesetz. (...) Hier erhält die sorbische oder wendische Bevölkerung von den sowjetischen Besatzungsbehörden größte materielle und ideelle Förderung. (...) Gleichzeitig geht aus Berichten der Lausitz hervor, dass sorbische Gruppen in Polen in eigenen Kompanien Militärdienst leisten sollen. Anscheinend will man den Grundstock für die eigene sorbische Armee schaffen.*“

* Die „Westfälische Rundschau” schrieb am 06.09.1957 unter der Überschrift „*Sorben-Bewegung in der Krise: Lausitzer Domowina-Organisation im Spiegel selbstkritischer Betrachtungen*“: „*Seit 1945 ist es auch tatsächlich vom Regime gelungen, jenes kleine slawische Volks-*

[64] http://wolnemedia.net/?p=15503. – Ganz andere Auskünfte gibt es hier: Stalin, Tito und mein Vater | MDR.-DE. Mit Verhaftung durch den KGB 1951 und 25 Jahren Zuchthaus einschließlich anschließenden Berufsverbots und lebenslanger Drangsalierung konnte der Versuch geahndet werden, sich zu auffällig und möglicherweise folgenreich um eigenstaatlich verfasste sorbische Autonomie zu kümmern. – Siehe dazu auch „Spiegel“-Artikel von 1948: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44415488.html.

museum zu einer Parade-Minderheit hochzupäppeln; offenbar glaubt man gar nicht genug tun zu können, um die Sorbenfunktionäre in der Zone und ihre Freunde in den benachbarten ‚Volksdemokratien' für das Nichtzustandekommen einer eigenen Großsorbischen Volksrepublik zu entschädigen."

Diese Artikel mit ihren Überschriften 20 Jahre nach dem Mauerfall zu lesen zeigt, was alles bei der intensiven Beschäftigung mit der „Innerdeutschen Grenze" und den durch sie bedingten schlimmen Vorkommnissen nicht mehr ins Bewusstsein dringen konnte und nicht einmal mehr aus der Erinnerung zu öffentlicher Wahrnehmung kommt. Die hauptsächlich von Polen aus über die sowjetische Besatzungsbehörde durchschlagende panslawistische Motivation, die Deutschen weiter nach Westen zu drängen,[65] sorgte im Westen aus was für Gründen auch immer – wobei die Anstrengungen des Wiederaufbaus, der einsetzende „Kalte Krieg" und der Schutzschirm der Westmächte die wichtigsten gewesen sein dürften – nie anhaltend für Beunruhigung, wenn auch die einschlägigen Parteien in den Wahlkampagnen und auf Wahlkampfplakaten das Bild des schlitzäugigen, krallenbewehrten, gierigen Mongolensowjetrussenmonsters über die Zonengrenze schauen ließen und zur Bildung ihrer parlamentarischen Mehrheiten propagandistisch instrumentalisierten. So konnte auch die fällige Auseinandersetzung auf deutscher Seite bis heute nur ansatzweise darüber stattfinden, wie voll die deutschnationalen Sinnstifter seit 1848 ihren Mund genommen hatten, um den Slawen zu unterstellen, dass sie nicht staatsfähig seien und sich den deutschen Herren wie eh und je zu fügen hätten.[66]

In dieser Gleichgültigkeit gegenüber dem, was da im Osten Deutschlands vorging, spiegelt sich etwas von dem, was hier an verschiedenen Stellen immer wieder thematisiert wurde, dass nämlich in den westlichen und südlichen deutschen Ländern nie rege Anteil an dem genommen wurde, was da über die Jahrhunderte hinweg in den deutsch-slawischen Grenzgebieten politisch bewältigt werden sollte. Das sah man eher als eine preußische und niemanden sonst betreffende Angelegenheit an.

Golo Mann reagierte in der Erstfassung seiner „Deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts" von 1958 darauf:

> „*Im Osten (...) handelten deutsche Teilmächte auf eigene Faust; (...) Eine Folge davon war, dass die deutsche Nation im Osten, zuerst in der Sache, dann auch der Form nach, aus dem Reich herauswuchs. (...) Und da besonders die nach Osten schauenden, neudeutschen oder kolonialen Gebiete Deutschlands, Brandenburg, Pommern und Preußen, protestantisch wurden, während das alte Reich im Süden und Westen überwiegend katholisch blieb, so hat die Reformation die Scheidungslinie zwischen den beiden Regionen oder Gesichtern Deutschlands noch einmal vertieft. In den mannigfachsten Formen, in entsetzlichen Kriegen und im friedlichen Wettstreit, in Staatenbildungen, kulturellen Abschließungen, politischen Parteiungen ist diese konfessionelle Zweiheit immer wieder in Erscheinung getreten; wir spüren sie bis zum heutigen Tag.*"[67]

[65] Dazu neuerdings am 25.10.2017 Friedrich Pollack, „*Wir müssen nach Bautzen zurückkehren." Lausitzer Reminiszenzen in der polnischen Kriegspublizistik am Ende des 2. Weltkriegs:* https://lausitz.hypotheses.org/287.
[66] In den Forschungen um die „Germania Slavica" wird dem seit einigen Jahrzehnten abzuhelfen versucht.
[67] Golo Mann, wie Anm. 45, S. 30 u. 34.

Schluss: Versäumnisse und ihr Preis

Ist es ungerechtfertigt, nicht nur der das Mittelalter betreffenden, sondern auch deutscher Zeitgeschichtsschreibung vorzuhalten, dass sie die hier angerissenen Sachverhalte zumindest mit zu viel Zurückhaltung behandelt hat? Dass sich Geschichtsschreibung bei der Beschäftigung mit „Kaltem Krieg", dann seit Mitte der 1960er Jahre mit „Auschwitz" und ab 1980 mit „Holocaust" den Blick auf das hat verstellen lassen, dass es nicht nur die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten gab, sondern dass allein auf sowjetischer Seite zwischen 1941 und 1945 27 Millionen gewaltsam zu Tode Gekommene zu beklagen waren? Die Mediävistik und die Mittelalterhistoriker, die wussten, worum es hätte gehen können, gerade auch bezüglich der Siegeserklärung Stalins am 9. Mai 1945, in der er von der Beendigung des „*jahrhundertelangen Kampfes der slawischen Völker um ihre Existenz und Unabhängigkeit*" sprach, waren im wissenschaftlichen Elfenbeinturm verschwunden, um „reine" Forschung zu betreiben. Wer hätte denn bei ihr Mitschuldige suchen, gar finden wollen? Bis dann um die Jahrtausendwende wieder auf ein Bildungsbedürfnis nach Anschauungsobjekten einer „langen", „deutschen" Geschichte zu reagieren war, dem bereitwilligst, aber vorwiegend europäisch grundiert gefolgt wurde und wird.[68]

Eine maßgebliche Untersuchung darüber, warum sich die NS-Größen so gern und so leicht und mit ganz aktuellen Umsetzungen im „Unternehmen Otto", im „Unternehmen Tannenberg" für den Überfall auf Polen mit der gleichzeitigen Ermordung der polnischen Elite, im „Plan Otto" als Vorläufer für „Unternehmen Barbarossa" und im Himmler'schen „Programm Heinrich" auf zeitgenössische Rezeptionsvorgänge der mittelaltergewichtigen Nationalgeschichtsschreibung haben stützen können, die dann, von Historikern zumindest begrüßt, in NS-Ostkolonisation münden sollten, steht aus, so dass sich hier ein eher randständiger, aber persönlich interessierter Laie, Leser, Philologe, hier: Verfasser an die Arbeit machen muss, wenn er verstehen will, wobei ihm Geschichtswissenschaft bisher nur ansatzweise hilft. Inzwischen wehren sich deutsche Historiker sogar heftigst dagegen, dass aus dem Nationalsozialismus Kolonialismusabsichten mit Ural und Kaukasus als Zielvorgaben heraus- oder, vielmehr, in ihn „hinein"-gelesen (!) werden. So kann man natürlich auch keinen Schlüssel für die Bedeutung der von Stalin durchgesetzten Oder-Neiße-Linie und der innerdeutschen Grenze finden, über deren beider Verlauf auf slawischer Seite seit dem 12. September 1944 Klarheit herrschte. Die West-Alliierten, offenbar mit dem Hintergrund deutscher Ostvisionen, weil nicht betroffen, zu wenig vertraut, akzeptierten es, nachdem die Briten als Erste im Januar 1944 einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet hatten.[69] Die Vertriebenenverbände und die Nachkriegspolitik machten reines Unrecht daraus, indem sie den deutsch-nationalstolzen Vorlauf ignorierten und nur mehr den siegenden slawischen Nationalismus oder Bolschewismus am Werk sahen. So führte der Heimatverlust zum Gedächtnisverlust; besser: zu einem zu kurzen Gedächtnis, indem die Genese der Katastrophe immer nur bis in den Nationalsozialismus mit dem Friedensvertrag von Versailles als Vermächtnis zurückverfolgt wurde. Das macht es

[68] Eine große Ausnahme stellt der Essay von Johannes Fried „*Otto der Große, sein Reich und Europa. Vergangenheitsbilder eines Jahrtausends*" dar (in: Matthias Puhle (Hg.), *Otto der Große, Magdeburg und Europa*, Bd. I, Essays, Mainz 2001, S. 537-562; über Brackmanns Schrift von 1939: S. 555).

[69] In Hans Georg Lehmanns *Deutschland-Chronik 1945-2000* (bpb, Bonn 2002, S. 20) bleibt es beispielsweise bei der Mitteilung der reinen Fakten, ohne dass irgendetwas zu der Tatsache vermittelt wird, dass es ja auffällig ist, dass nur die Sowjetrussen eine genaue Vorstellung vom westlichen Grenzverlauf ihrer Besatzungszone hatten und für die Westalliierten noch keine eigenen Details außer den sowjetrussischen Vorgaben auf der Hand lagen.

zum Beispiel gerade der französischen Kolonialismusforschung umso leichter, in dem auf „Auschwitz“ und „Holocaust“ reduzierten Deutschland und seinen im Vernichtungskrieg untergegangenen Kolonialabsichten keine europäischen Gemeinsamkeiten zu erkennen. Dass es eine seit dem 19. Jahrhundert kolonialismusinfizierte „großdeutsche“ Nationalperspektive gab, in der Preußen und Österreich als zukunftsträchtige Kontinentalkolonialmächte neben England und Frankreich figurierten und die über jemanden wie Paul de Lagarde bis ins „Dritte Reich“ auflagenstark wirkte, wird ansatzweise vergegenwärtigt.[70]

Das Buch des in Harvard lehrenden britischen Historikers David Blackbourn, der unter der Überschrift „*Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft*“ in Kapitel 5 „*Rasse und Bodengewinnung*“ auch den NS-Eroberungszug im „Wilden Osten“ als einem imaginierten „Wilden Westen“ mit „Indianerkriegen“ gegen Slawen beschreibt,[71] brachte es in einer Rezension der FAZ immerhin zu folgendem Statement: „*Dieses Buch gehört zum Klügsten, was es zur Zeit über die Geschichte dieses Landes zu lesen gibt*.“ Und Jürgen Osterhammel erhielt für sein Buch „*Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts“* 2010 den Leibnizpreis der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Wie der Untertitel zeigt, geht es ums 19. Jahrhundert. Im Kapitel „*Siedlungskolonialismus*“ bringt er allerdings in deutlicher Begrifflichkeit zum Ausdruck, was die „*faschistischen Imperialismusträume*“ in Italien, Japan und Deutschland zwischen 1930 und 1945 kennzeichnete: „*staatskolonialisitische Siedlungsprojekte*“ hätten die Italiener in Libyen und Äthiopien, die Japaner in der Mandschurei und die Deutschen an der Wolga verwirklichen wollen. „*Die Siedler waren nicht selbst als Exekutoren solch extremer Ziele vorgesehen, doch dienten sie in jedem dieser Fälle als Instrumente staatlicher Politik.*“ Denn es war der Staat, der sie angeworben, entsandt und mit Land in kolonialen Rand- und Überseegebieten versorgt habe.[72]

Wie bereits in www.himmlers-heinrich.de/slawenkriege.pdf auf S. 51 bis S. 53 zu Algerien und Wilhelm Ziegler ausgeführt, bezog sich dieser ausdrücklich auf das republikanische Frankreich, dessen nach der Niederlage gegen Deutschland 1870/71 gelungene kolonialistische Expansion er bewunderte. Nach Osterhammel propagierte die Dritte Republik das Leitbild des siedelnden Bauern auf eigenem Land. „*Ihr Ziel war eine Kopie des ländlichen Frankreich im kolonialen Raum.*“[73] Außerdem sei zu beachten, dass für die Franzosen Algerien nicht „Übersee“ war. „*Es gehörte zur räumlichen Sphäre des Imperium Romanum, ein Umstand, den die koloniale Apologie ausgiebig ausschlachten sollte.*“ Ebenfalls sei hervorzuheben, dass die Siedler trotz ihrer starken lokalen Position keine politische Selbstständigkeit erstrebt hätten, sondern wegen ihrer demographischen Schwäche immer auf den Schutz der französi-

[70] Vgl. Ulrich Sieg, *Deutschlands Prophet. Paul de Lagarde und die Ursprünge des modernen Antisemitismus*, München 2007. Der im Untertitel hervorgehobene Antisemitismus verbirgt die von Sieg ebenfalls ausführlich dargestellte Kolonialismusperspektive in Lagardes Werk.

[71] David Blackbourn, *Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft*, München (Pantheon) 2008.

[72] Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, 4. aktualisierte Aufl., München (C. H. Beck) 2009, S. 531 f. – Wenn das Konzept der „staatskolonialistischen Siedlungsprojekte“ weiter ausgeführt sein wird, könnte sich zeigen, dass es nicht weit entfernt von dem ist, was Olivier Le Cour Grandmaison 2009 in seinem Buch „*La République impériale. Politique et racisme d'État*“ (Fayard: Paris) dargestellt hat. Denn allein in der Begrifflichkeit zeigen sich bereits deutlich europäische Parallelen. – Seit 2010 gibt es im „*Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts*“ (hrsg. v. D. Brandes, H. Sundhaussen, Stefan Troebst, Böhlau Verlag Wien-Köln-Weimar) einen Artikel „*Algerier*“ und einen anderen „*Franzosen aus Algerien*“.

[73] Diesen Vorgaben folgte auch die Landschaftsplanung für den „Generalplan Ost“ (vgl. www.himmlers-heinrich.de/heinrich_I.pdf, S. 78-80).

schen Armee angewiesen blieben. „*Nach der schmählichen Niederlage gegen Deutschland 1870/71 sollte Algerien zu einer Arena nationaler Regeneration durch Kolonisierung werden.*“[74]

Zurück in die deutsche Szenerie: General Hans von Seeckt hatte nach der im Versailler Friedensvertrag niedergelegten „*schmählichen Niederlage*“ Deutschlands 1925 zu den geheimen Aufrüstungsplänen der Reichswehr gesagt: „*Wir müssen Macht bekommen, und sobald wir diese Macht haben, holen wir uns selbstverständlich alles wieder, was wir verloren haben.*“ Dazu führen Carl Dirks und Karl-Heinz Janßen aus: „*Wie beständig die Kontinuität im Generalstab sein konnte, erhellt eine Begebenheit, die General Max von Viebahn nach dem Zweiten Weltkrieg erzählte. Er bekam während der Sudetenkrise im September 1938 von dem neuen Generalstabschef Franz Halder den Befehl, aus dem Archiv die Vorschriften für den Angriffskrieg zu holen, die dort seit 1923* (!) *verstaubten.*“[75]

Während Frankreich seine von Ziegler bewunderte kolonialistische Expansion als auf den Menschenrechten fußende Republik betrieb, die Franzosen sich jedoch außerhalb der Metropole als Angehörige einer militärischen Besatzungsmacht benahmen, „*die den ‚abergläubischen‘ und ineffizienten Einheimischen mit größter Verachtung entgegentrat und offene koloniale Ausbeutungsverhältnisse gar nicht erst zu bemänteln versuchte*“,[76] unterscheidet sich der in Italien und Deutschland aus der konstitutionellen Monarchie bzw. der Republik hervorgegangene „*faschistische Imperialismus*“ in seinen „*staatskolonialistischen Siedlungsprojekten*“ vor allem darin, dass die rechtsstaatliche Ausgangsbasis zerstört und aufgegeben war. Die Siedler, meist aus ärmlichen Verhältnissen stammend, seien vom Staat den erobernden Armeen hinterhergeschickt worden und sollten „Grenzmarken“ sichern. Die Projekte aber liefen mit den Siedlern ins Leere und nach der völkermörderischen Destruktion, die auch an den „frontiers“ des 19. Jahrhunderts stattfinden konnte, indem „*ganze Völker dezimiert oder zumindest ins Elend gestürzt“* worden seien, ging die geplante Neukonstruktion, die im 19. Jahrhundert in Übersee zu *„ersten demokratischen Verfassungsstaaten*“ führte, im NS-Regime in Osteuropa als Rassetyrannei im Kriegsgeschehen unter.[77]

Unterdessen folgt die deutsche Kolonialismusforschung mehrheitlich weiter gewohnten Wegen, indem die „Singularität des NS“ botmäßig außerhalb allen Vergleichens bleibt. Wie die Berichterstattung über die Imperialismus-Tagung des „*Freiburg Institute for Advanced Studies*“ im Januar 2010 zeigt, brachten es mehr als 60 Wissenschaftler fertig, am ausführlichsten und längsten über die im Vergleich mit den anderen Kolonialmächten kurze, nämlich nur 30 Jahre dauernde deutsche Kolonialismusphase in Übersee (vor allem in Südwestafrika) zu sprechen[78] und mit keinem Gedanken zu streifen, was für Jürgen Osterhammel, der allerdings an der Tagung nicht teilnahm, ein nicht zu übersehender Sachverhalt ist und was er zusammen mit Sebastian Conrad[79] und David Blackbourn seit geraumer Zeit ausdrücklich thematisiert.

[74] Jürgen Osterhammel, wie Anm. 72, S. 631 f.
[75] Carl Dirks/Karl-Heinz Janßen, *Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht*, Berlin (Propyläen) ³1999, S. 27 f.
[76] Jürgen Osterhammel, wie Anm. 72 S. 628.
[77] Jürgen Osterhammel, wie Anm. 72, S. 531.
[78] Vgl. http://madrasaoftime.wordpress.com/2010/01/20/die-phase-kolonialismus/. Damit fahren diese Wissenschaftler auf der z. B. in „*Le livre noir du colonialisme. XVI^e^-XXI^e^ siècle : de l’extermination à la repentance*“ (Hg. Marc Ferro, 2003) auf 1124 Seiten verfolgten Linie fort, den NS als Bezugspunkt zu meiden.
[79] Sebastian Conrad, *Deutsche Kolonialgeschichte*, München (C. H. Beck) 2008; Kapitel 9 „*Kolonialismus in Europa*“.

Es war bereits Hannah Arendt, die in ihrem 1955 ins Deutsche übersetzten Buch „*Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*“ auf das hier registrierte Versäumnis von Wissenschaft hinwies. Sie machte es an Ernst Hasse (1846-1908) fest: Hochschullehrer für Statistik und Kolonialpolitik, Mitglied des Reichstags zwischen 1893 und 1903, zwischen 1893 und 1908 geschäftsführender Vorsitzender des „Alldeutschen Verbandes“ und Gründer des „Vereins für Handelsgeographie und Kolonialpolitik“ (http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Hasse). Arendt sieht das Versäumnis darin begründet, dass die historische Forschung sich zu lange von den „*außerordentlichen Erfolgen des überseeischen Imperialismus*“ habe blenden lassen und den Programmen der Panbewegungen – Pangermanismus und Panslawismus – für kontinentale Expansion wenig Beachtung geschenkt habe.[80] Das habe seine Gründe darin, dass der kontinentale Imperialismus, der „*seine Kolonialländer auf dem Festland, in unmittelbarem Anschluss an sein Heimatgebiet*“ suchte (Ernst Hasse, 1908), nur Fehlschläge zu melden gehabt habe. Stattdessen habe er etwas anderes erreicht, nämlich sehr viel direkter zum Untergang des herkömmlichen Nationalstaates beigetragen zu haben, als es „*die überseeischen Abenteurer des englischen, belgischen, holländischen und französischen Imperialismus*“ vermocht hätten.[81] Ab Mitte der 1880er Jahre seien die Panbewegungen mit ihren Forderungen lautstark in die Öffentlichkeit getreten, weil die Völker Zentral- und Osteuropas von der Neuverteilung der Erde ausgeschlossen bleiben sollten. So habe Ernst Hasse in seiner „*Deutschen Politik*“ hervorgehoben, dass die Völker Zentraleuropas „*dasselbe Recht wie andere große Völker [hätten, sich] auszudehnen, und wenn man in Übersee diese Möglichkeit [ihnen] erschwerte, [blieben sie] gezwungen, sie in Europa zu betätigen*“ (Ernst Hasse). Alldeutsche und Panslawisten seien sich darüber einig gewesen, dass „*Festlandvölker*“, die in „*Festlandstaaten*“ lebten, sich in Europa in die „*Zwischenländer*“, besiedelt von „*unerheblichen Völkern*“, teilen müssten.[82] Hasse sei davon überzeugt gewesen, dass im kontinentalen Imperialismus die Konsequenzen überseeischer imperialistischer Methoden und Herrschaftsvorstellungen direkter fühlbar würden, indem nicht die „Eingeborenen“ fremder Erdteile, sondern „*die unter uns lebenden Europäer fremden Stammes, also die Polen, Tschechen, Juden und Italiener usw., zu [der] Helotenstellung zu verurteilen*“ seien (Ernst Hasse). Gelinge das nicht, seien Sklavenvölker nach Europa zu importieren unter der Voraussetzung, dass sich das „deutsche Herrenvolk“ aus den unterdrückten Rassen hervorhebe.

Nach Arendt war es „*dem kontinentalen Imperialismus vorbehalten, die Rasseideologie unmittelbar in Politik umzusetzen*“ und mit Ernst Hasse zu behaupten: „*Deutschlands Zukunft liegt im Blute.*“ Überhaupt sei zu sagen, „*dass der kontinentale Imperialismus, vielleicht weil er als eine Reaktion auf den Überseeimperialismus entstanden war, von vornherein an Rassebegriffen sich orientierte, also hierfür nicht erst der im Überseeimperialismus gemachten Erfahrungen bedurfte, und die Rasseweltanschauungen, die das 19. Jahrhundert geliefert hatte, sich viel enthusiastischer und bewusster zu Eigen machte.*“[83]

[80] Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. Piper, München-Zürich 1986, 8. Aufl. 2001; ISBN: 3-492-21032-5, S. 476 f.
[81] Hannah Arendt, wie Anm. 80, S. 472.
[82] Hannah Arendt, wie Anm. 80, S. 474.
[83] Hannah Arendt, wie Anm. 80, S. 475 f. – Siehe zu den Ausführungen Arendts auch Jürgen Förster, *Die Sorge um die Welt und die Freiheit des Handelns: Zur institutionellen Verfassung der Freiheit im politischen Denken Hannah Arendts*, Königshausen & Neumann: Würzburg 2009, S. 105-112. – Hinzuweisen ist auf den Roman „Levins Mühle“ von Johannes Brobowski, 1964 in DDR und BRD gleichzeitig erschienen, in dem wie nirgends sonst aufgearbeitet wird, wie sich in den preußischen Ostprovinzen nach 1874 ein deutscher Nationalismus entfaltete, der in das kolonialistische NS-Programm zur Eroberung von „Lebensraum im Osten“ münden konnte.

Exkurs 1: Zum Essay „Über die Kolonialfrage“ von Simon Weil (1943)

„*Wenn man menschlich fühlte und dachte, fand man*
das Wort Sclave zu hart; man sagte Leibeigener,
dann Erbmann, dann Fröhner, dann Bauer;
von der Sache selbst suchte man immer so viel als möglich zu behalten.“
Johann Gottfried Seume (1763-1810)

Es ist bereits früher auf die Widersprüchlichkeit hingewiesen worden, dass die französische Exilregierung unter Charles de Gaulle für die Freiheit des von Deutschen besetzten Frankreich von französisch besetztem kolonialen Boden in Brazzaville (Kongo) aus kämpfte (vgl. www.himmlers-heinrich.de/heinrich_I.pdf , S. 88 f.). Auf die bei Kriegsende in Algerien laut werdenden Forderungen nach Befreiung des Landes antworteten die gerade selbst von Deutschland befreiten französischen Kolonialherren am 8. Mai 1945 in den Städten Guelma und Sétif mit einem Massaker. Damit konnte jedoch der durch den Zweiten Weltkrieg endgültig zum Zuge kommende Dekolonisationsprozess nicht mehr aufgehalten werden, wie viele Hindernisse auch immer zeitaufwändig und gewalttätig noch zu überwinden waren.

Als das französische Komitee für die nationale Befreiung vom 30. Januar 1944 bis zum 7. Februar 1944 in Brazzaville tagte, ging es nichtsdestoweniger auch darum, ob die sich neu formierende Nation weiter Kolonialmacht sein könnte. Am dringendsten stellte sich die Frage nach der Zwangsarbeit, die unter der 1871 gegründeten Dritten Republik ausdrücklich zum Instrumentarium kolonialer Herrschaft gehörte. Sie wurde jedoch vorläufig nicht zur Disposition gestellt, weil sie weiter für unentbehrlich gehalten wurde, damit die Unterhaltung der Infrastruktur gewährleistet blieb. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, am 11. April 1946, verabschiedete die Nationalversammlung ein Gesetz zu ihrer Abschaffung, während in Brazzaville noch von einer Übergangszeit von 5 Jahren nach Kriegsende ausgegangen worden war.[84]

Dabei hatte es seit der Einführung einer Sondergesetzgebung für die Kolonien – seit 1875 regelte der „Code de l’indigénat“, auch „Knüppelcode“ genannt,[85] zunächst in Algerien und schließlich für alle französischen Kolonien die Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung im Rahmen eines auf Dauer gestellten Ausnahmezustandes – immer auch Gegenstimmen gegeben, die davor warnten, die „Eingeborenen“ von der Erklärung der Menschenrechte auszunehmen.

1943 hatte die auf der Seite von de Gaulle angeführten „France libre“ stehende französische Philosophin Simone Weil (1909-1943) für die französische Exilregierung in London ihren letzten Essay vor ihrem Tode darüber geschrieben, wie nach dem Kriege mit der Kolonialfrage umzugehen sei: „*À propos de la question coloniale dans ses rapports avec le peuple français*“. 2010 erschien dieser Essay erstmals in deutscher Übersetzung in Heft 89 von „Lettre international“ unter der Überschrift „*Über die Kolonialfrage in ihrem Zusammenhang mit dem Schicksal des französischen Volkes*“.[86]

[84] Olivier Le Cour Grandmaison, *De l’indigénat. Anatomie d'un „monstre“ juridique: le droit colonial en Algérie et dans l'Empire français*, Zones (Éditions la Découverte): Paris 2010, S. 32 u. 147.
[85] O. Le Cour Grandmaison, wie Anm. 84, S. 79.
[86] Simone Weil, *Über die Kolonialfrage in ihrem Zusammenhang mit dem Schicksal des französischen Volkes.* In: Lettre international, Heft 89, Berlin 2010, S. 34-38.

Für Simone Weil lässt sich der Widerstandskampf der Franzosen nicht von der Kolonialfrage trennen, zumal sich das künftige Frankreich wieder in die Tradition der Französischen Revolution stellen werde. Mit Blick auf Vergangenheit und Gegenwart stellt sie fest:

> „*Wenn die Macht entscheidet, so hat Frankreich seine Macht verloren; wenn es um das Recht geht, so hat Frankreich niemals das Recht gehabt, über das Schicksal von nichtfranzösischen Völkern zu bestimmen. In keiner Hinsicht, weder de jure noch de facto, kann man behaupten, dass die von diesen Völkern bewohnten Territorien das Eigentum Frankreichs sind.*“

Die Legitimation für den Widerstandskampf leitet sich für Simone Weil aus der Ablehnung des Kolonialgedankens ab; denn den „Hitlerismus“ sieht sie darin bestehen,

> „ *... dass Deutschland auf den europäischen Kontinent und im allgemeineren Sinne auf die Länder der weißen Rasse koloniale Eroberungs- und Herrschaftsmethoden anwendet. Die Tschechen haben als erste auf diese Übereinstimmung hingewiesen, als sie, um gegen das ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ zu protestieren, sagten: ‚Kein europäisches Volk wurde jemals einem solchen Regime unterworfen.‘ Wenn man die Vorgehensweise der kolonialen Eroberungen im einzelnen untersucht, ist die Übereinstimmung mit den hitleristischen Methoden offensichtlich.* (...) *Das Übermaß des Schreckens, das offenbar die Herrschaft Hitlers von allen anderen unterscheidet, erklärt sich vielleicht aus der Angst vor der Niederlage. Es darf nicht die Analogie der Vorgehensweise vergessen lassen, die sich überdies beide vom römischen Vorbild herleiten.“*

Von heute aus überrascht die Selbstverständlichkeit, mit der hier 1943 aus dem einfachen Vergleich zwischen europäischen Herrschaftsformen in Übersee auf Kolonialismus als vom NS-Regime praktizierte Methode in Europa geschlossenen wird. Indessen ist für Simone Weil die deutsche Niederlage absehbar:

> „*Der Schaden, der Europa von Deutschland zugefügt worden wäre, wenn England nicht den deutschen Sieg verhindert hätte, ist der Schaden, den die Kolonisation verursacht: die Entwurzelung. Sie hätte die eroberten Länder ihrer Vergangenheit beraubt. Der Verlust der Vergangenheit ist der Sturz in die koloniale Sklaverei.*
> *Diesen Schaden, den uns Deutschland vergebens zufügen wollte, haben wir anderen angetan. Durch unsere Schuld deklamieren kleine Polynesier in der Schule: ‚Unsere Vorfahren, die Gallier, hatten blonde Haare und blaue Augen ...‘ In Büchern, die viele Leser fanden, hat Alain Gerbault geschildert, wie wir diese Völker buchstäblich an Trauer sterben lassen, indem wir ihre Sitten, Traditionen und Feste, ihre ganze Lebensfreude verbieten.*“

Eine angemessene Legitimation für den Widerstandskampf sähe für Simone Weil folgendermaßen aus:

> „*Wenn wir gegen die Deutschen kämpfen, ist das kein hinreichender Beweis dafür, dass wir die Freiheit lieben. Denn die Deutschen haben uns nicht nur unsere Freiheit genommen. Sie haben uns auch unsere Macht, unser Ansehen, unseren Tabak, unseren Wein und unser Brot genommen. Miteinander vermischte Beweggründe verstärken unseren Kampf. Der entscheidende Beweis würde darin bestehen, dass wir jede Vereinbarung unterstützen, die die Freiheit derjenigen wenigstens teilweise sichert, denen wir sie genommen ha-*

ben. So könnten wir nicht nur die anderen, sondern auch uns selbst überzeugen, dass wir uns wirklich von einem Ideal inspirieren lassen.
Die Übereinstimmung zwischen Hitlerismus und Kolonialexpansion schreibt uns in moralischer Hinsicht die Haltung vor, die wir einnehmen müssen, und damit liefert sie uns auch die am wenigsten schlechte praktische Lösung."

Wie wenig es SIMONE WEIL darum geht, etwas aufsehenerregend Neues über das NS-Regime und die Absichten Hitlers auszusagen, lässt sich daran ablesen, wie sie den Kolonialismus und im Besonderen den französischen weiter beschreibt:

„*Die Kolonisation beraubt die Völker ihrer Tradition, ihrer Vergangenheit und folglich ihrer Seele und beschränkt sie damit auf den Zustand von Menschenmaterial. Nichts anderes sind in den Augen der Deutschen die Völker der besetzten Länder. Doch man kann nicht leugnen, dass die meisten Kolonialfranzosen den Eingeborenen gegenüber die gleiche Haltung einnehmen. Im französischen Schwarzafrika war Zwangsarbeit äußerst mörderisch, und man hat dort die Methode von Massendeportationen angewandt, um die Nigerschleife zu besiedeln. In Indochina gibt es mit durchsichtigen Vorwänden getarnte Zwangsarbeit auf den Plantagen. Ein Franzose, Ingenieur auf einer dieser Plantagen, sagte über die Schläge, die dort die gewöhnlichste Bestrafung sind: ‚Selbst wenn man einen menschenfreundlichen Standpunkt einnimmt, ist dies die beste Methode, denn da sie äußerst erschöpft und ausgehungert sind, wäre jede andere Strafe noch grausamer.' Ein Kambodschaner, Diener eines französischen Gendarmen, bekannte: ‚Ich möchte der Hund des Gendarmen sein. Man gibt ihm zu essen, und er wird nicht geschlagen.'* "

Während der zur Lebenszeit von SIMONE WEIL nach wie vor geltende „Code de l'indigénat" in Übersee den Einheimischen Versammlungen ohne Erlaubnis, Verlassen der Gemeinde ohne Reiseerlaubnis, Unehrerbietigkeit, Beleidigung einer Autoritätsperson auch außerhalb ihrer Funktionen untersagte und die lokale Bevölkerung mit kollektiver Geldstrafe oder Internierung bestraft werden konnte, fordert sie, dass die sogenannten farbigen Völker nicht länger unterdrückte Völker seien. Wenn sie schon keine Nationalstaaten bilden können, so müsse dafür gesorgt werden, dass sie „*sich frei fühlen können. Denn die Freiheit wird wie das Glück vor allem durch das Gefühl bestimmt, dass man sie besitzt. Dieses Gefühl kann weder von Propaganda suggeriert noch von einer Autorität durchgesetzt werden.*"

Auch in der Schweiz war ein Jahr zuvor, im Sommer am 8. Juli 1942, in der Zeitung „*Die Tat*" unter der Überschrift „*Ein neuer Germanenzug? Zur deutschen Ostplanung*" registriert worden, welche Kriegsziele das NS-Regime verfolgte. Dabei sieht der Verfasser NS-Kolonialismus in Osteuropa als notwendige Basis deutscher Herrschaft in Gesamteuropa an. Es wirkt, als habe der Verfasser Kenntnis von der Generalplanung – vgl. „Generalplan Ost" – haben können, denn im Unterschied zu SIMONE WEIL geht es ihm darum, auf die in der deutschen Nationalgeschichte des 19. Jahrhunderts verankerte Weiterentwicklung des Grenzkolonialismuskonzepts hinzuweisen, die im NS stattgefunden habe:

„*Auf zwei Grundpfeilern ruhen die deutschen Vorstellungen über die europäische Nachkriegsordnung: auf der Kolonisierung Osteuropas und auf dem Gedanken eines großgermanischen Bundes.*

Beide Ideen sind nicht neu. Sie stammen aus dem alldeutschen Gedankengut der wilhelminischen Zeit, ja sie gehen noch weiter zurück auf politische Fernziele eines Friedrich List und Constantin Frantz; der Nationalsozialismus hat sie nur systematisiert und, vor allem, konkretisiert. Beide sind heute nicht mehr reine Theorie; sie befinden sich mitten in der Verwirklichung. Was die deutsche Ostkolonisation ist und will, haben wir an dieser Stelle schon dargestellt: der Versuch, die Kräfte des Reiches durch politische Unterwerfung und großzügige wirtschaftliche Ausbeutung der osteuropäischen Ebene zu vervielfachen.[87]

Mehr im Hintergrund, fast unbemerkt, geht die Arbeit an der zweiten politischen Konzeption Hitlers weiter: die Bemühung, die kleinen germanischen Randvölker Europas in eine enge, unlösbare Verbindung mit dem Reich zu bringen und damit die Basis der deutschen Hegemonie über das ‚neue Europa' weit nach Norden und Westen zu erweitern. [...] Die Kolonisation des Ostens soll zum Kitt des von Deutschland mit allen Mitteln erstrebten großgermanischen Bundes werden, zur Anziehungskraft, die von Norwegen bis Flandern (und vielleicht propagandistisch auch darüber hinaus) die kleinen germanischen Völker zum engen Zusammenschluß mit Deutschland bringen soll."[88]

[87] Mit dem Kürzel „*Al*." war am 26. Mai 1942 vom gleichen Autor „Deutsche «Landnahme» im Osten" erschienen: https://www.e-newspaperarchives.ch/?a=d&d=DTT19420526-01&e=-------fr-20-DTT-1--img-txIN-Ostkolonisation-------0-----.

[88] Zitiert in Czesław Madajczyk (Hg.), *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*. Dokumente. K. G. Saur, München u. a. 1994, S. 479. – Inzwischen digitalisiert: http://newspaper.archives.rero.ch/Olive/APA/SNL_DE/default.aspx?action=tab&tab=browse&pub=DTT#panel=document

Exkurs 2: Zum Begriff „Dekolonisation“

Wolfgang Reinhard beschreibt, wie sich in den Weltkriegen die „Uneinigkeit, Verletzlichkeit und letztlich Schwäche des weißen Mannes“ gezeigt haben und eine Reihe von Kolonien durch ihre Kriegsbeiträge erheblich aufgewertet worden seien. So habe sich in der Zwischenkriegszeit am deutlichsten in Indien mit Mahatma Gandhi eine Massenbewegung für Dekolonisation entwickelt. 1932 habe dann der in England lebende Staatswissenschaftler Moritz Julius Bonn den Begriff „Dekolonisation“ geprägt, indem er schrieb: „*All over the world a period of countercolonization began, and decolonization is rapidly proceeding*“.[89]

Es ist offensichtlich, dass Reinhard an Übersee denkt und nicht an die Unabhängigkeitsbestrebungen der „Kleinvölkerzone“ zwischen Russland und Deutschland, in deren Folge dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gemäß Österreich-Ungarn aufgelöst und dem Deutschen Reich neben den Kolonien auch große Teile seiner Ostgebiete weggenommen worden waren, die dem als Nationalstaat selbständig gewordenen Polen zufielen. In der Schrift von Tomáš Garrigue Masaryk „*Das neue Europa*“, die bei den Alliierten dazu dienen sollte, den „slawischen Standpunkt“ – so der Untertitel – darzustellen und vor allem zur Verwirklichung der polnischen und tschechischen Ansprüche auf eine eigene Staatsbildung zu führen, wird deutlich, dass das in Anspruch genommene Selbstbestimmungsrecht der Völker keine Angelegenheit Europas bleiben konnte. Zunächst führt Masaryk aus, dass „*die Völker im Kaukasus und in den übrigen Teilen Russlands und Russisch-Asiens (...) nationale Autonomie je nach dem Grade der Bildung des nationalen Volksbewusstseins und ihrer Zahl genießen*“ werden. Den unter europäischer Herrschaft stehenden Völkern, so fährt er anschließend fort, sei „*je nach dem Grade ihrer kulturellen Reife und der Bevölkerungszahl nationale und stufenweise auch politische Selbstverwaltung*“ zu verbürgen. „*In den Kolonien muss die Verwaltung den Bedürfnissen der eingeborenen Völker gerecht werden, sie stufenweise der Bildung zuführen und ihnen Selbstverwaltung ermöglichen.*“[90]

Masaryk schrieb sein Buch in der Absicht, die Mitteleuropa-Pläne der Pangermanen, wie sie sich für ihn in Paul de Lagarde, Constantin Frantz, Heinrich von Treitschke oder im Reichtagsabgeordneten und Vorsitzenden des „Alldeutschen Verbandes“ Ernst Hasse oder in Friedrich Naumanns „*Mitteleuropa*“-Buch von 1915 darstellten, zurückzuweisen. Denn in ihnen wäre vor allem das Selbstbestimmungsrecht der slawischen Völker übergangen worden. So zielte Paul de Lagarde 1875 bereits auf ein Mitteleuropa unter deutscher Führung ab, „*das von der Ems- zur Donaumündung, von der Memel bis Triest, von Metz bis etwa zum Bug reicht*“.[91] Darin sieht Masaryk die slawischen Völker weiterhin einer von Deutschland ausgehenden kolonialistischen Unterwerfung ausgesetzt, weil er sie durch den seit dem Mittelalter gegebenen „deutschen Drang nach Osten“ in ein Kontinuum eingebettet glaubt. So erwähnt er diesen „Drang“ leitmotivisch durchgängig von Anfang bis Ende seines Buches. Als Gewährsmann seiner Sicht führt er Heinrich von Treitschke an, der „*den Sinn der deutschen Geschichte in der Kolonisationstätigkeit*“ gesehen habe.[92] Das heißt, dass Masaryk noch ohne Begriff, aber im Anspruch auf Selbstbestimmung deutlich werdend, einen anti- oder dekolonialisti-

[89] Wolfgang Reinhard, wie Anm. 1, S. 280 f.
[90] Tomáš Garrigue Masaryk, *Das neue Europa. Der slawische Standpunkt*, Berlin 1991, S. 197 f.
[91] Zitiert bei Ulrich Sieg: *Deutschlands Prophet. Paul de Lagarde und die Ursprünge des modernen Antisemitismus*. Carl Hanser, München-Wien 2007, S. 174.
[92] Tomáš Garrigue Masaryk, wie Anm. 90, S. 37.

schen Standpunkt vertritt, wenn er für die „Kleinvölkerzone“ das Recht der Slawen auf eigene Staaten durchsetzen möchte.

Von heute her gesehen wirkt bemerkenswert, dass Masaryk das Selbstbestimmungsrecht an Vorstellungen knüpft, die mit rechtlichen Vorgaben nicht zu messen sind und in den Bereich des Gutdünkens, das heißt der Willkür gehören. Denn wer bestimmt, was „*kulturelle Reife*“ ist und wann sie erreicht ist? Oder was heißt es, „*eingeborene Völker stufenweise der Bildung zuführen*“ zu wollen, damit ihnen „*Selbstverwaltung ermöglicht*“ werden könne?[93] Aimé Césaire wird 1955 seinen Hohn und Spott über die europäische Anmaßung auf Lehrmeisterei den „*eingeborenen Völkern*“ gegenüber zum Ausdruck bringen und Europa auffordern, „*die Initiative zu einer Politik der Nationalitäten, die sich auf die Achtung vor den Völkern und Kulturen gründet*,“ zu ergreifen, wolle es sich nicht seiner letzten Chance berauben und „*eigenhändig das Leichentuch über sich breiten*“.[94] Wenn es nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker gibt, dann ist es nicht an ein europäisches (westliches) Bildungs- und Kulturprivileg zu knüpfen, wie das bei Masaryk, indem er ein West-Ost Gefälle gegeben sieht, sogar noch dem östlichen Europa gegenüber durchschlägt, wenn er zum Beispiel die Magyaren als „*kulturell schwächer*“ als die Slowaken usw. charakterisiert, sondern dann muss es vorbehaltlos für alle Nationalitäten und ihre Kulturen gelten. Gleichzeitig ist sich jedoch Masaryk eines Problems bewusst, das er in dem bisher geltenden Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder gegeben sieht und das auch den Ersten Weltkrieg verursacht habe. Deshalb bedürfe es der Einrichtung eines internationalen Tribunals, „*welches die kulturelle Entwicklung der Nationen und die Organisierung der internationalen Wechselseitigkeit kontrollieren wird (Völkerbund)*“.[95] Für den Völkerbund und die ihm als Organisation nachfolgenden Vereinten Nationen sind die allgemeinen Menschenrechte verbindliche Grundlage. Ihnen folgend ist einzulösen, was jede Gemeinschaft ihren einzelnen Angehörigen schuldig ist, was zu formulieren Masaryk nur den europäischen Nationalitäten gegenüber gelang, was aber mit seinem Verweis auf den Völkerbund bei ihm aufscheint.

Indem der Begriff „Dekolonisation“ nur zur Beschreibung von außereuropäischen Unabhängigkeitsbewegungen taugen soll, wie das bei W. Reinhard der Fall ist, wird Europa nach wie vor von der übrigen „überseeischen“ Welt abgegrenzt. Dabei zeigt sich aber gerade bei Masaryk, dass er die Ansprüche auf Unabhängigkeit aus den gleichen Gegebenheiten ableitet, auf die sich seither die „Kolonialvölker“ bei der Dekolonisation berufen. Wie sehr das eine

[93] Masaryk bleibt hier dem Modell treu, das bereits das Denken der Aufklärer steuerte, wenn sie über Menschenrechte und die von ihren Ländern betriebene Sklaverei in Übersee nachdachten: Alle französischen Aufklärer, selbst Condorcet als ausgewiesener Fortschrittsoptimist und Befürworter menschlicher Freiheit, unterbanden nicht den von 1685 bis 1848 geltenden „Code noir“, „*le texte le plus monstrueux qu'aient produit les temps modernes*“ (Louis Sala-Molins), der die Belange der kolonialen Sklavenhaltung im Interesse der weißen Herren regelte. Sie waren einem Fortschrittsdenken verpflichtet, das Europa und den weißen Europäer an der Spitze menschlicher Entwicklung stehen sah. Erst durch Anpassung an das Europäertum und den Erwerb seiner Zivilisation und nach entsprechender Beurteilung durch weiße Europäer konnten dem Sklaven Menschenrechte zugestanden werden, die ihn zu einem gleichberechtigten Wesen werden ließen (siehe hierzu: Louis Sala-Molins, *Les misères des Lumières. Sous la raison l'outrage*, Homnisphères, Paris 2008). Aber auch die Abschaffung des „Code noir“ schuf nur graduelle Abhilfe. Denn der in der Nachfolge entstandene „Code de l'indigénat“ richtete in den französischen Kolonien für die Einheimischen im Unterschied zu den europäischen Kolonisten den auf Dauer gestellten Ausnahmezustand bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ein (vgl. Olivier Le Cour Grandmaison, *De l'indigénat. Anatomie d'un „monstre“ juridique: Le droit colonial en Algérie et dans l'Empire français*, Zones, Paris 2010).

[94] Aimé Césaire, *Über den Kolonialismus*, Berlin 1968, S. 75.

[95] Tomáš Garrigue Masaryk, wie Anm. 90, S. 189, 199.

mit dem anderen zusammenhängt, zeigt sich darin, dass die Alliierten des Ersten Weltkrieges sich angeblich „*viel zu spät*“ bewusst geworden sind, dass der Krieg in Richtung auf „*Dekolonisation*“ „*zu einer Peripetie des europäischen Kolonialismus insgesamt geworden war*“.[96]

[96] Dirk van Laak, *Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert,* München 2005, S. 121. – Aber auch bei Dirk van Laak zeigt sich das Phänomen, dass er den Begriff „Dekolonisation“ nur auf außereuropäische Gebiete bezieht, denn der zitierte Satz geht folgendermaßen weiter: „(...) *und sich viele Deutsche insgeheim beglückwünschten, mit den Folgen der nun langsam einsetzenden Dekolonisation nicht mehr belastet zu sein*.“ Wenn es nämlich im Ersten Weltkrieg um etwas Entscheidendes gegangen ist, dann darum, imperialen Machtansprüchen, wie sie Masaryk in Deutschland am eindrucksvollsten zum Ausdruck kommen sah, weil sie auf Europa selbst und nur noch indirekt auf Übersee gerichtet waren, einen Riegel vorzuschieben, und zwar im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Von Dekolonisation als Antwort auf die kolonialistische Herrschaft Russlands spricht W. Reinhard indessen zur Beschreibung des nach 1990 einsetzenden ethnisch-nationalen Desintegrationsprozesses in Kaukasien und Mittelasien (wie Anm. 1, S. 331; siehe dazu auch S. 24 dieser Arbeit).

Exkurs 3: Der Krieg gegen Polen 1939 als neuer deutscher Slawenkrieg bei Franz Lüdtke 1941 in Form von Eroberungsliteratur

Franz Lüdtke (1882-1945), geboren in Bromberg, das seit Gründung des polnischen Nationalstaates zu Polen gehörte, promovierter Lehrer (Studienrat), Politiker, Geschichtsschreiber, Schriftsteller und Mitherausgeber der Schriftenreihe „*Deutsche Männer*“, ehemaliger *Ostmärker*, ab 1933 erster Führer des von ihm gegründeten „*Bundes Deutscher Osten*“, war schließlich Hauptabteilungsleiter des außenpolitischen Amtes der NSDAP. Dort war er für alles zuständig, was Fragen des „*deutschen Ostens*“ betraf, wozu an erster Stelle gehörte, auf die Auflösung des polnischen Nationalstaates hinzuwirken. Dazu arbeitete er eng mit Albert Brackmann und der „Ostforschung“ zusammen. Aufklärung und Erziehung über den „*deutschen Osten*“, von dem seiner Meinung nach die Süd- und Westdeutschen wenig Ahnung hatten, waren sein Hauptanliegen. 1936 wurde er mit seinem Buch *König Heinrich I.* zu einem der wichtigsten Stichwortgeber für Himmler und dessen Heinrichsrezeption. Denn wie für Lüdtke blieb König Heinrich I. für Himmler lange der einzig zuverlässige Herrscher des Mittelalters. Heinrich I. war im Unterschied zu seinem Sohn Otto I., dem Lüdtke kaum etwas abgewinnen konnte, nicht Kaiser geworden, war Rom und Italien fern geblieben und konnte – so die damalige Gewichtung – die Auseinandersetzung mit den Slawen und die damit verbundene Ostexpansion, wie es Heinrich von Sybel 1859 schon hervorgehoben hatte, zu seinem Hauptanliegen machen.

1941 erschien, nach dem Sieg über Polen, Lüdtkes „*Ein Jahrtausend Krieg zwischen Deutschland und Polen*“ (Stuttgart), auch als „*Geschichtsfibel 3 für Wehrmacht und Volk*“. Es gehört in eine Reihe von Eroberungsliteratur, wie sie schon in Hanns Johsts „*Ruf des Reiches, Echo des Volkes. Eine Ostfahrt*“ 1940 Gestalt angenommen hatte und dem *zweiten* Heinrich galt. Es ist das „*erste und einzige literarische Erzeugnis einer geplanten ‚Saga des Großgermanischen Reiches‘ (...), die den deutschen Eroberungs- und Kolonisierungszug im Osten verherrlichen sollte und die Johst nach eigenem Willen und im Auftrag des Reichsführers-SS schreiben wollte*“ (Rolf Düsterberg). Johst war Chronist und Begleiter Himmlers mit langen Aufenthalten in dessen „Feldkommandostelle“. Zu ergänzen wäre noch das handschriftliche gebundene Buch „*Himmlers Wege*“, von einem anderen Weggefährten verfasst, das nie in die Öffentlichkeit gelangte und als „Reliquie“ im Safe eines Privatsammlers gelandet ist.[97]

Lüdtkes Buch ist deshalb bemerkenswerter als die anderen, weil es Folgen hatte, nachdem der Sieg über Polen vom Krieg gegen Russland seit 1941 schnell überlagert und schließlich zur Niederlage umgekehrt werden sollte. Das Buch ist ein Dokument für den Sachverhalt des polnischen „*Ansturms*“ auf deutsche Literatur über die Ostgebiete, vor allem auch auf preußische Bibliotheken und Archive, worüber Brackmann sehr besorgt war und was er mit allen Mitteln zu unterbinden versuchte.[98] Zygmunt Wojciechowski (vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Zygmunt_Wojciechowski) nahm sich das Buch zur Vorlage und veröffentlichte bei Kriegsende 1945 das seit 1943 vorbereitete und dann unter neuem Titel umgearbeitete Schlüsselwerk und „Flaggschiff“ des „polnischen Westgedankens“ (Grzegorz Strauchold) „*Polska-Niemcy. Dziesięć wieków zmagań*“ (= *Deutschland und Polen. Tausend Jahre des Ringens*). Darin legt Wojciechowski den Gedanken nieder, dass Polen mit der „*Rückkehr*“ an Oder und

[97] Siehe www.himmlers-heinrich.de/heinrich_I.pdf , S. 52.
[98] Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of ‚Ostforschung‘ in the Third Reich*, London 2002, S. 40-46.

Neiße „*die Gesamtheit seiner Mutterlande*“ wiedergewinnen würde, und beeinflusste auf diese Weise auch die Geschichtsschreibung in der Volksrepublik Polen, die die national orientierte Sichtweise in ihre sozialistische Betrachtung integrierte.[99]

Denn Wojciechowski war als konservativer Nationaldemokrat und Russlandfeind zunächst von Hitlers Politikentwurf überzeugt, weil er ihn, der aus dem katholischen Österreich kam, für weniger preußisch und protestantisch und deshalb für Polen ungefährlicher hielt. 1937 erhielten die betreffenden interessierten Stellen – Auswärtiges Amt, Reichsministerium des Inneren, die von Brackmann geleitete „*Publikationsstelle Berlin-Dahlem*“ – die Nachricht, dass Professor Zygmunt Wojciechowski in einem Vortrag Folgendes geäußert habe:

> „*Die antibolschewistische Politik Hitlers trage gewisse gemeinsame Züge mit der universalistischen christlichen Politik Ottos des Großen. Gerade deshalb, weil Otto I. und Otto III. die vom Deutschen Reich eingeschlagene Expansionsrichtung vom Osten in den Süden lenkten, wodurch die Integrität des polnischen Staates gerettet wurde, genauso wie auch wegen der bis zu einem gewissen Grad anti-russischen Politik des gegenwärtigen Deutschland eine große Gefahr von Polen abgewendet wurde.*“[100]

Ab 1944 war es dann an Wojciechowski, auf Stalins Seite zu wechseln, der sich die Vorstellungen von der Gesamtheit der „*westlichen polnischen Mutterlande*“ in seinem Politikinteresse zu Eigen zu machen verstand und dem nationalpolnischen Wunschentwurf eine satellitenstaatliche Wendung gab. Diese Umkehr war jedoch Wojciechowski umso leichter gefallen, als er selbst nationalsozialistischer Verfolgung ausgesetzt war und im Untergrund arbeiten musste, wo er seine arbeitsintensivste Phase erlebte.[101]

Seit 1941 strebte Wojciechowski sein Widerstandsziel an, denn er war überzeugt von Hitlers Niederlage. Die künftige polnische Westgrenze waren die Oder und die Lausitzer Neiße, wobei er immer unter Rückgriff auf den von ihm beim Studium bei Mieszko I. und Boleslaw Chrobry vom 10. Jahrhundert her erarbeiteten Begriff „*Mutterlande*“ ansetzte. „*Um sie hätten die Piasten gekämpft, und Boleslaw Chrobry hätte sie erreicht*.“[102] Nach 1945 werden aus den „*Mutterlanden*“ die „*Wiedergewonnenen Gebiete*“.

Lüdtkes Ausgangspunkt ist ebenfalls das 10. Jahrhundert, wobei er im Unterschied zu Hans Merbachs Buch über *die Slawenkriege des deutschen Volkes* (1914) nach der Herrschaft Heinrichs I. ansetzt, der noch nicht mit Polen in Berührung gekommen war, was dann eine Angelegenheit seines Sohnes Otto I. und dessen Markgraf Gero wurde. Trotzdem bleibt Heinrich I. Bezugspunkt als ebenfalls im Analogieverfahren erschlossene „Führer“-Gestalt, die für preußisches Geschichtsdenken seit dem 19. Jahrhundert Vorbild wurde.

[99] Vgl. S. 13 dieser Ausführungen.
[100] Burleigh, wie Anm. 98, S. 83 f.
[101] Diese Erfahrung wurde – wie vieles andere – in Analogieschlüssen auf das 10. Jahrhundert rückübertragen. Wie es der NS-Führung im Erobererstil in der „Operation Tannenberg“ (siehe Unternehmen Tannenberg) um die Vernichtung der polnischen Führungsschicht ging, wurde an das Gastmahl des Gero erinnert, bei dem 30 slawische Fürsten ermordet wurden. Bis in den populären Jugendroman „*Der Schatz von Dzik*“ von Karol Bunsch aus dem Jahre 1945, „*der im 10. Jahrhundert spielt, wird der brandenburgische Markgraf Gero als eine Verkörperung des Bösen dargestellt, wobei die Ähnlichkeiten mit Adolf Hitler nicht zu übersehen sind*“ (Vgl. http://www.-freecontentweb.com/content/deutschland-der-polnischen-wahrnehmung-und-politik-nach-1945).
[102] Markus Krzoska, *Für ein Polen an Oder und Ostsee; Zygmunt Wojciechowski (1900-1955) als Historiker und Publizist*, Osnabrück 2003, S. 311.

Es wird im Folgenden das Inhaltsverzeichnis wiedergegeben, das zeigen soll, wie sich die Schwerpunktsetzungen bei den beiden *Ostmärkern* Merbach[103] und Lüdtke ähneln, die beide von der Überlegenheit des „Germanischen“ über das „Slawische“ überzeugt sind. Es folgt das von *weißer Überlegenheit* über „Asien“, „*abendländischer Kultur*“ und Erfolgstrunkenheit strotzende Vorwort – Lüdtke hat im eroberten Bromberg eine nach ihm benannte Straße erhalten – und dann ein Ausschnitt aus dem umfangreichen ersten Kapitel über das 10. – 12. Jahrhundert. Von Anfang an unterstreicht Lüdtke, dass es um das „*Zurückgewinnen*“ der seit der Völkerwanderung verlassenen, eigentlich „germanischen“ östlichen Gebiete geht (Z. 67-72). In den Zeilen 101-122 wird ein moralisierender Einschub über die im Grunde wie alle Slawen staatsunfähigen, aber anmaßenden Polen abgedruckt, woran auch Boleslaw Chrobry auf Dauer nichts zu ändern vermochte, jedoch auch Kritik an den „Versäumnissen“ deutscher Kaiserpolitik geübt. Ab Zeile 124 wird der Schluss des Buches wiedergegeben, ein in Prosa und mit geschwollener Brust vorgetragener Siegesgesang, der bei Erscheinen des Buches im Herbst 1941 – das *Blitzkriegkonzept* gegen die Sowjetunion muss schon als gescheitert angesehen werden – die angesagten Selbstzweifel wohl dämpfen sollte und deshalb umso lauter erscholl, denn es konnte ja nur ein Sieg in Frage kommen.

„Inhalt

I. Polen gegen das Erste Reich
Vor tausend Jahren: Der erste Kampf 9
Polen greift an: Boleslaw Chrobry gegen das Reich. 18
Deutschlands erster großer Sieg: Konrad II. schlägt Mjesko II. von Polen 53
Der Kampf um Schlesien: Die Polenkriege Heinrichs V. und Friedrichs I. Barbarossa.....57

II. Polen im Kampf mit dem Deutschen Orden
Polen braucht Hilfe: Deutsche im Weichselland.....66
Verrat und Treue: Tannenberg und Marienburg.....73
Verrat und Heldentum: Der Dreizehnjährige Krieg.92
Zwiefaches Nachspiel: Letzter Krieg gegen den Orden. – Der Kampf um Danzig.....103

III. Polen, Brandenburg, Preußen
Neue deutsche Kraft im Osten: Der Große Kurfürst siegt bei Warschau 112
Polens Zusammenbruch: Deutsches Land kehrt heim. 128
Napoleonisches Zwischenspiel: Das „Herzogtum Warschau“ 137
Das„tolle Jahr“ 1848: Aufstand in Posen.....142

IV. Polen gegen das Zweite Reich
Kampf und Abwehr: Von Bismarck bis zum Weltkrieg 152
Ostland in Not: Die Polenaufstände in Posen und Oberschlesien..... 159

V. Polen gegen das Dritte Reich
Adolf Hitler bietet die Hand zum Ausgleich: Polen zwischen Ja und Nein 179
Deutscher Kampf wird deutscher Sieg: Polens Untergang und die Neuordnung im Osten.....187

Zeittafel.....199

Personen-Verzeichnis.....204

[103] Vgl. www.himmlers-heinrich.de/slawenkriege.pdf.

(S. 7:) Vorwort

Der tausendjährige Kampf Deutschlands mit Polen ist ein Teilstück unseres tausendjährigen Ringens im Osten und um den Osten. Eine Vielzahl von Stämmen und Völkern hat uns in dem langen Zeitraum unsern Anspruch auf den Ostlandboden und damit auf unser völkisches Leben streitig gemacht; politische Gebilde, mächtige Staaten entstanden in unserer Flanke und wurden uns feind, weil sie die ordnende und aufbauende Leistung der deutschen Nation nicht anerkennen wollten. So mußte der Kampf kommen, in Abwehr und Angriff. Wir haben ihn bestanden.

Unsere Leistung liegt begründet in unserm Blut, das den Boden schirmt, zu dem es gehört. Aus der Leistung aber erwuchs das Ethos des höheren Rechts. Es ist nicht das Recht der äußeren Gewalt, sondern das des Geistes. Er hat den Osten gestaltet, und das Schwert, das er sich schuf, war berufen, sein Werk zu schützen. Der Pflug des Bauern, der Hammer des Handwerkers, die Wage des Kaufmanns, das Buch des Denkers wurden geschützt vom deutschen Schwert.

Bis in die Gegenwart! Da diese Zeilen geschrieben werden, geht es um die letzte Entscheidung im europäischen Osten und damit um den Osten überhaupt: um den Kampf gegen den Bolschewismus. In ihm hatten sich alle zerstörerischen Kräfte des Raumes, der sich östlich unseres Volksbodens bis hinein nach Asien erstreckt, wie in einem Becken gesammelt und strömten nun den Hauch der Vernichtung aus. Unter dem Befehl des Führers ist Deutschland zum Retter nicht nur der deutschen, sondern der abendländischen Kultur geworden.

Der tausendjährige Kampf mit Polen ist 1939 siegreich zum Abschluß gelangt – deutsches, germanisches Ostland ist wie(S. 8:)der frei, befreit aus der Hand eines Feindes, der militärisch und politisch niedergerungen worden ist. Die notwendige völkische Auseinandersetzung nimmt ihren Fortgang. Die Sendung der Deutschen im Osten wird erfüllt werden, sie ist unsere Aufgabe sowohl wie die künftiger Geschlechter.

Aber nach der Niederwerfung Polens stand noch das große Fragezeichen des Bolschewismus im Osten da. War es wirklich ein Fragezeichen? Ich glaube: nein. Denn das wurde gewiß: Deutscher Nationalsozialismus und jüdischer Bolschewismus konnten auf der gleichen Ebene nicht leben. Einer mußte weichen. Wenn die Geschichte einen Sinn besaß, so mußte der Bolschewismus fallen und der Nationalsozialismus siegen. Die Geschichte hat einen Sinn.

Mit der Zerschmetterung des Bolschewismus ist unser Ostland endgültig befreit worden. Der Sieg über die Bolschewiken aber ist zugleich ein Sieg über die Polen. Dies zu begründen, ist nicht nötig; wer den Osten kennt, weiß, daß es so ist. Er weiß auch, daß die Lösung der Judenfrage notwendig ist, in Europa und ganz besonders in Osteuropa. Alle diese Dinge stehen in einem inneren Zusammenhang. Erst mit der Beendigung des tausendjährigen Kampfes gegen Polen wurde der Weg offen für die Lösung der gesamten Ostfrage.

Der Osten des neuen Jahrtausends steht im Zeichen des Hakenkreuzes.

Oranienburg bei Berlin, im Herbst 1941.
Dr. Franz Lüdtke.

(S. 9:) *Vor tausend Jahren: Der erste Kampf!*

So hat es das Schicksal gewollt: als Polen in die Geschichte eintritt, steht es im Kampf mit den Deutschen und wird, das ist das Kriegsergebnis, ihrem Reich eingefügt – und da es seine staatliche Geschichte abschließt, kreuzt es wiederum die Waffen mit Deutschland und wird von neuem in dessen Machtgebiet eingegliedert. Ein Jahrtausend liegt dazwischen, ein Jahrtausend deutschen Aufbaues und polnischer Zerstörung, ein Jahrtausend voll Kampf und Krieg. Die Formen, unter denen sich die Auseinandersetzungen im 10. und im 20. Jahrhundert vollzogen, waren verschieden; doch was bedeuten Formen – im Kern der Dinge war alles gleich geblieben, und darum spü-

ren wir die Gerechtigkeit des Schicksals, wenn es jetzt vollendete, was es vor tausend Jahren begann . . .

Sehr spät erst traten die Polen in die Geschichte Europas ein: im Jahre 963 taucht ihr Name zum erstenmal auf. Im Jahre zuvor hatte der deutsche König Otto der Große die römische Kaiserkrone auf sein Haupt gesetzt. Diese Gegenüberstellung beleuchtet aufs klarste die geschichtliche Lage. Deutschland ist der mächtigste Staat des Abendlandes, sein König trägt die Krone eines Reiches, das sich von der Nord- und Ostsee bis zum Mittelmeer dehnt; es ist stark, blühend, von rassischer Kraft, von nordischem Wesen erfüllt, in ihm gedeihen die Künste des Friedens, der Kultur nicht weniger als Kriegs- und Staatskunst. Daneben Polen – ein kulturarmes, kaum als ‚Staat' anzusprechendes Gebilde, aber schon bei seinem ersten Eingang in die europäische Geschichte von einer ungeheuerlichen Anmaßung getragen, von Feindschaft beseelt sowohl (S. 10:) gegen seine slawischen Nachbarn wie auch gegen das große germanische Reich, mit dem es sofort den Kampf beginnt.

(...)

(S. 13:) Westlich der Polen wohnten damals, auf gleichfalls altgermanischem Boden, zwischen Warthe, Oder und Elbe, wendische Stämme, den Polen benachbart die Liutizen. Diese gehörten bereits zum deutschen Machtbereich; König Heinrich I. hatte sie unterworfen, während sein Sohn, Otto der Große, sie durch straffe staatliche und kirchliche Organisation erfaßte. So war Deutschland dabei, den nach der Völkerwanderung verlorenen Volksboden im Osten zurückzugewinnen. In diesem Augenblick trat störend ein Gegner wider uns auf: Polen. Mit dem Zusammenstoß zwischen Deutschland und Polen beginnt die polnische Geschichte, beginnt ein Jahrtausend völkischer Auseinandersetzungen, ein tausendjähriger Kampf.

Misika I.[104] (um 960–992) hatte sich auf die Liutizen gestürzt und ihnen das Land um die Warthe bis zur Oder abgenommen. Das rief den deutschen Markgrafen Gero auf den Plan. Gero hielt im Auftrage Ottos des Großen die Ostwacht des Reiches; ihm unterstanden auch die Liutizen, mit denen es freilich noch mancherlei harte Kämpfe gab. Für Gero war Misika allerdings kein erwünschter Bundesgenosse gegen die Elbslawen, mit denen er schon allein fertig wurde; im Gegenteil, Gero sah in ihm den Eindringling in ein Gebiet, das nur den Deutschen zu gehorchen hatte, niemandem sonst! So zog der Markgraf mit seinen Reitern an die Oder; ihre Fahnen wehten am hohen Stromufer. Es mag bei Grossen gewesen sein, wo Deutsche und Polen zuerst in der Geschichte einander feindlich gegenübertraten.

Misika hat den Kampf nicht gewagt. Er unterwarf sich. Fühlte er sich dem gewaltigen Gero gegenüber zu schwach? Sah er ein, daß er, nur auf seine Gefolgschaft gestützt und ohne ein Volk zur Seite, den Deutschen nicht gewachsen war? Die Quellen, die für diese Frühzeit äußerst spärlich sind, verraten darüber nichts. Nur das steht fest, daß Misika in Geros Hand dem Kaiser den Eid des Vasallen leistete und für das Land zwischen Oder und Warthe Tribut zahlte. Bis Schlesien und Posen hin galt nunmehr deutscher Wille und Befehl.

(S. 14:) Nach Geros Tod (965) hat Kaiser Otto I. dessen Mark, die von der Elbe bis zu den Sudeten reichte, in sechs kleinere Markgrafschaften aufgeteilt. Der Kaiser, dessen wichtigstes politisches Ziel die Erwerbung Unteritaliens geworden war, mochte keine allzu starke fürstliche Gewalt in Deutschland dulden; darum beschenkte er ja die Kirche mit Land und mit Rechten, darum beschränkte er die Macht der Herzöge, und so zersplitterte er auch den großen, ihm zu groß gewordenen Oststaat Geros. Das Verhängnis der Zerspaltung Deutschlands in eine Vielheit kleiner Herrschaften begann.

(...)

(S. 51:) Zerfiel auch Boleslaws Schöpfung bald nach seinem Tode, so hatte er diesem seinem Staat und der in ihm herrschenden Schicht die Wege gewiesen, die Polen dann auch in Zukunft beschritt. Dies war während der ganzen polnischen Geschichte und bis in die jüngste Vergangenheit das Ziel Polens: Großmacht zu werden nicht aus eigener völkischer Kraft, sondern durch die Substanz anderer, nichtpolnischer Völker, die man in irgendeiner Weise dem eigenen Staat einzufügen und einzuschmelzen

[104] Das ist *Mieszko*.

suchte. Ein Volk aber, das aus fremdem Besitzstand lebt oder leben will, hat kein Recht auf politisches Eigenleben. Darum ist Polen immer wieder gescheitert. Boleslaw Chrobry, der vom Mythos verklärte Schöpfer des Staates, hat selber den Keim zu seinem Untergang gelegt.

Hätte Boleslaw eine Persönlichkeit wie König Heinrich I. zum Gegner gehabt, der alles mit ganzer Kraft anpackte und zu Ende führte, so wäre sein Wunschtraum schnell ausgeträumt worden, und der Mythos von einem großpolnischen oder gar großslawischen Reich hätte nie entstehen können. Aber die Zeit war seit Heinrich I. eine andere geworden; das Hauptinteresse der deutschen Könige und Kaiser lag im Süden, jenseits der Alpen, oder im Westen, in Burgund, wie es unter Heinrich II. und seinem Nachfolger Konrad II. der Fall war. Der Osten war in den Hintergrund getreten, und hätte nicht die Ehre des Reiches auf dem Spiel gestanden, die Boleslaw durch seine Empörung verletzte, so hätte man sich kaum um ihn gekümmert. Im Westen und Süden sah man den Schwerpunkt der Macht des Reiches; daß der scheinbar so unbedeutende Osten, der Raum der Elbe, zur Wiege künftiger deutscher Reichsbildung und Einheit werden würde, hat man damals nicht geahnt.

(...)

(S. 196:) Unsere Truppen! Kein noch so umfangreiches Buch vermöchte die heroische Leistung der deutschen Soldaten in ihrem vollen Umfang zu schildern! Wohl aber hat der Führer die überragenden Taten des Feldzuges in Worten höchsten Lobes gewürdigt. Alte Weltkriegskämpfer und junge Soldaten der nationalsozialistischen Wehrmacht haben miteinander gewetteifert, das gewaltige Ergebnis dieses Sieges zu erzielen: Infanteristen, Artilleristen, Pioniere, Kavallerie, Panzerverbände, Flieger, Flak, Nachrichtentruppen, die rückwärtigen Dienste, der Arbeitsdienst, die Organisation Todt, die Männer der Kriegsmarine, der Waffen-SS, der Polizei, die Propagandakompanien, das Rote Kreuz und alle, die eingesetzt waren für deutsche Ehre und deutsches Lebensrecht. Im Hinblick auf das Erreichte sind die Opfer überraschend gering gewesen, ein Beweis für die hervorragende Kampfdisziplin der Truppe, aber (S. 197:) auch für die Genialität einer Führung, die auf Prestigeerfolge verzichten durfte und nur das Endziel, die Niederringung des Feindes, im Auge hatte.

Soll man einzelne Taten erwähnen? Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich – ihre Schilderung würde ganze Bände erfordern und doch nicht vollständig sein. Nur darauf sei hingewiesen, daß die Offiziere stets an der Spitze ihrer Männer zu finden waren, daß auch die höheren und höchsten Stäbe inmitten der brennenden Kämpfe standen, und daß das soldatische Vorbild des Führers, der immer wieder auf den Schlachtfeldern weilte, die Truppen zum letzten, entscheidenden Einsatz begeisterte. Während polnische ‚Feldherren' wie Rydz-Smigly in Furcht vor der Verantwortung feige geflohen sind, durchschwamm ein deutscher Heerführer wie Generaloberst von Reichenau die breite Weichsel, um als erster bei seinen dem Feinde folgenden Männern zu sein, oder starb Generaloberst von Fritsch vor Warschau den Heldentod.

Doch auch die innere Front, das Heer der deutschen Arbeit, vor allem die Arbeiter der Rüstungswerke, Männer der Stirn und der Faust, die deutschen Bauern, die Frauen – die ganze Heimat – sie alle standen in dem totalen Krieg, kämpften mit und halfen siegen. Der großen Gemeinschaft unseres Volkes war diese Schicksalsprobe aufgezwungen worden; sie hat sie bestanden. So durfte der Führer, dankerfüllt, jenes herrliche Wort wiederholen, das in einem anderen deutschen Freiheitskriege, einundeinviertel Jahrhundert zuvor, gesprochen worden war: ‚*Mit Mann und Roß und Wagen hat sie der Herr geschlagen!*'[105]

Dies Wort steht am Ende des Feldzuges von 1939, es steht auch am Abschluß des tausendjährigen Krieges zwischen Deutschland und Polen. Dieses Polen, vom Anbeginn seiner Geschichte bis zuletzt der erbitterte, haßvolle Feind des Deutschtums, dem es doch so unendlich viel verdankte, hat als Staat zu bestehen aufgehört. Altes deutsches

[105] Anfangszeilen eines Liedes, das 1813 nach der Niederlage Napoleons in seinem Russlandfeldzug verfasst wurde.

Land, uralter germanischer Volksboden gehört wieder zum Großdeutschen (198:) Reich. In den vergrößerten Gauen des Ostens, in den neuen Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland und ebenso in dem unter deutscher Verwaltung stehenden Generalgouvernement ist deutscher Wille am Aufbau, hat deutsche Kraft ein Feld für Taten des Friedens gefunden. Wir sind nicht mehr ein Volk ohne Raum, wir haben die Enge des Raumes gesprengt – wieder können wir wie voreinst deutschen Bauern und Arbeitern im Ostland Heimat geben.

Ein neues Europa ist im Werden; seine Geburtsstunde schlug im Osten. Über den Weiten aber von Weichsel und Warthe weht nach tausendjährigem Kampf und tausendjährigem Opfer, zukunftverheißend, die Fahne mit dem Hakenkreuz.“

Exkurs 4: Deutsche Informationen von 1943 über polnische Exilvorstellungen von einem künftigen Polen – „*nur für den Dienstgebrauch*“

Die von Albert Brackmann 1931 eingerichtete *Publikationsstelle Berlin-Dahlem* war eine Abteilung des *Preußischen Staatsarchivs*. Ihre Aufgabe bestand in der Förderung der von Brackmann dominierten deutschen „*Ostforschung*“ und in der Beobachtung und Dokumentation aller mit „*Westforschung*“ befasster osteuropäischer Wissenschaft und Publizistik. Einen öffentlichen Einblick in die Tätigkeit der „*Ostforschung*“ boten 1942/43 die beiden Bände „*Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem Ersten Weltkrieg*“.[106]

Die „*Ostforscher*“ waren jedoch nicht allein. Sie standen in Konkurrenz mit einer Menge von NS-Leuten, die im „*Osteinsatz*“ ihre Karriereabsichten verwirklichen wollten. Die Verwicklungen, in die die mit Brackmann verbundenen „*Ostforscher*“ geraten konnten, werden an einer Gestalt wie Gerhard Sappok deutlich.[107] Er wurde sowohl von Aubin wie von Brackmann für befähigt gehalten, im von Hans Frank in Krakau 1940 gegründeten „*Institut für Deutsche Ostarbeit*“ eine leitende Stellung zu übernehmen. Beider Protektion hinderte aber das in Krakau gegebene Umfeld nicht daran, Sappok nach einem intriganten Spiel schon zeitig „*ins Exil zu schicken*“.[108] 1943 veröffentlichte Sappok dann bei der *Publikationsstelle* eine 128-seitige Schrift über die Propaganda der polnischen Emigration in den angelsächsischen Ländern, nachdem die Exilregierung 1940 von Paris nach London ausgewichen war.[109]

Das Buch ist, soweit das zu überblicken ist, bisher so wenig zu einem Forschungsgegenstand geworden wie Brackmanns Buch von „*Krisis und Aufbau in Osteuropa*“ von 1939. Das liegt wohl zum einen am mangelnden Interesse an der Hinterlassenschaft einer Einrichtung, die an allen kolonialistischen Ostunternehmungen, die im „*Generalplan Ost*“ gipfeln sollten, beteiligt war, zum anderen daran, dass Gerhard Sappok wohl zu jung war und zu zeitig starb, als dass er in der Zeitgeschichtsforschung viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen konnte.[110]

Sappok trägt alles in Frankreich bis 1940, dann das in England und den USA bis 1942 veröffentlichte Material der polnischen Emigration und der in ihr tätigen Wissenschaftler über die Zielvorgaben eines wiederzuerrichtenden polnischen Staates und seiner mit den Westalliierten angestrebten Grenzen zusammen und entwirft so ein komplexes Bild, in dem alles zusammenfließt, was den Wissensstand der polnischen Westforschung als *getreues Spiegelbild der deutschen Ostforschung* (Jan Piskorski) und ihrer politischen Forderungen ausmacht. Dieses Spiegelbildliche spricht auch Sappok an, wenn er darauf hinweist, „*daß die polnischen Emigran-*

[106] Vgl. www.himmlers-heinrich.de/slawenkriege.pdf , S. 76-77.
[107] Zu Sappok vgl. www.himmlers-heinrich.de/scheitern-der-lebensraumplanungen.pdf, S. 11 f. und www.himmlers-heinrich.de/grenzkolonialismus-1939.pdf, S. 31 f.
[108] Vgl. Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of ‚Ostforschung‘ in the Third Reich*, London 2002, S. 233.
[109] Das in die Bücherei der *Publikationsstelle Berlin* mit handschriftlichem Eintrag vom 10. 8. 1943 eingestellte Exemplar – eines der ganz wenigen, die es geben dürfte – befindet sich jetzt in den Beständen des Marburger Herder-Instituts. (Auf den Verfasser macht es den Eindruck, als sei er der Erste, der es liest, nachdem die Broschur in Marburg als Buch gebunden wurde.)
[110] Burleigh berichtet, dass Sappok im Herbst 1944 nach Berührung mit der französischen Résistance, dem *maquis*, nahe dem burgundischen Autun verschwunden sei und seither als vermisst gilt (Burleigh, wie Anm. 107, S. 212).

ten mit größter Aufmerksamkeit das deutsche Schrifttum verfolgen, soweit es Material enthält, das für ihre Wünsche dienstbar gemacht werden kann".

Wie schon öfter festgestellt, hatte es sich seit dem 19. Jahrhundert für die slawische Seite, die sich immer im Visier preußischer Expansionsinteressen sehen musste, gar nicht vermeiden lassen, den „*deutschen* – eher: preußischen – *Drang nach Osten*" als eine Tatsache anzusehen.

Mit Schadenfreude scheint Sappok, als Brackmann-Schüler lange überzeugt von „*germanischer*" Mission und „*weißer Herrschaft*" über „*Asien*" – jedoch angesichts des Kriegsverlaufs, der den Deutschen die Initiative inzwischen aus der Hand genommen hat, ansatzweise eines besseren belehrt – von der Bedrohung Polens durch Russland Kenntnis zu nehmen, nachdem 1941 mit Stalin ein polnisch-russisches Abkommen abgeschlossen worden war. In dieser kaum verhohlenen, unter der programmatischen Verachtung alles „*Fremdvölkischen*" durchschlagenden Schadenfreude über das sichtbar werdende polnische Schicksal, nämlich mit Deutschland und Russland zwischen zwei Mühlsteine geraten zu sein, wird sichtbar, dass Sappok eines „*fremdvölkischen*" Gegners gewahr geworden ist, dem bereits in anderer Weise widerfährt, was den Deutschen, zunächst auf trügerischen Blitzkriegsieg eingestellt, bevorsteht: Im Vernichtungskrieg werden sie mit Wahrscheinlichkeit den Kürzeren ziehen.[111]

Sappok kommt also nicht umhin, zur Kenntnis zu nehmen und weiterzuvermitteln, was es heißt, in Europa einen kolonialistischen Eroberungskrieg führen zu wollen: Die „*Fremdvölkischen*", ohne dass bei Sappok ein einziges Wort über die ihnen ebenfalls zugerechneten Juden fällt, sind mit der Welt vernetzte Europäer – und keine die Steppe bewohnenden Asiaten –, bedienen sich ihrer Sprachen und Argumente und erweisen sich als in die westliche Welt so integriert, dass sie, wie bereits im und nach dem Ersten ***Weltkrieg*** geschehen, in vielfältiger Weise miteinander in Beziehung treten können – ganz anders also als die „*barbarischen*" Völker, die in Übersee der europäischen Eroberung ausgesetzt waren und kein internationales Netzwerk für sich bemühen konnten. Europa reicht eben nicht nur bis zum Ural, sondern ist über die seit Jahrhunderten andauernde *europäische Expansion* und die Auswandererströme nach Übersee längst weltweit verankert.

Dass Sappok sein Wissen „*nur für den Dienstgebrauch*" vermitteln durfte, zeigt sowohl die Angst der mit ihren Herrschafts- und Eroberungsansprüchen Verunsicherten wie auch ihre Absicht, die eigene Verunsicherung nicht zu einer allgemeinen werden zu lassen und wenigstens im Wissensprivileg noch ein trügerisches Unterscheidungskriterium zu beanspruchen.

Zwar geht Sappok wegwerfend auf die „*alten*" Argumente der slawischen „*Kampfinstitute*" ein: „*Die alten Thesen vom ‚urslawischen' Charakter der Lausitzer Kultur, vom Barbarentum der deutschen Ordensritter, von dem einstigen slawischen Machtbereich bis zur Elbe-Saale-Linie, vom ‚polnischen Charakter Oberschlesiens' und seiner Bewohner, von den ‚völlig germanisierten Wenden dicht bei Berlin, die nur noch deutsch sprechen, in denen aber das gemeinsame Gefühl slawischer Abstammung erwacht ist' u. a.*" In ihnen ist aber seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht nur die Festlegung der Oder als polnischer Westgrenze, sondern der Verlauf der 1945 endgültig festgelegten und bis 1989 gezogenen „*innerdeutschen Grenze*" vorweggenommen.[112]

[111] Sappok (1943), S. 105: „*Im Aprilheft 1942 der Zeitschrift ‚The Nineteenth Century' ist ein Leitaufsatz erschienen mit der Überschrift ‚Die Sowjets am Rhein', der Europa für den Fall eines russischen Sieges eine äußerst bittere Zukunft voraussagt*."

[112] Jemand wie Hermann Aubin oder Hans Rothfels wusste das, wenn beide nach 1945 auch nur andeutungsweise davon sprachen, und zwar Aubin und Rothfels 1953 und Rothfels 1935 und in Wiederauflage 1960 (!). – Vgl.

So könnte Sappok den Schlusssatz seiner Einleitung auch an die eigene Adresse geschrieben haben: „*Gerade diese Berichte* [über in Russland von Polen gemachte Erfahrungen] *aber sprechen eine erschütternde Sprache und erweisen erneut, was diejenigen erwartet, die das Schicksal wegen ihrer Verblendung oder wegen ihrer Unwissenheit dazu verurteilt, in die völkervernichtende Maschinerie des Bolschewismus zu geraten.*“

Sein Schicksal ereilte Sappok dann allerdings 1944 im Westen in Berührung mit der französischen „*Résistance*“.

Gerhard Sappok: *Polnische Wunschträume* [113]

„Schriften der Publikationsstelle für den Dienstgebrauch. Herausgegeben von Joh. Papritz und Wolfgang Kohte:
Dr. phil. Gerhard Sappok: *Polnische Wunschträume. Die Propaganda der Polen in England und in den USA unter besonderer Berücksichtigung ihrer Westausweitungspropaganda (1939 - 1942).* Nur für den Dienstgebrauch. Selbstverlag der Publikationsstelle. Berlin 1943:

Inhaltsübersicht

Einleitung. Im Schatten von Versailles

I. Teil

1. Kapitel. Polen und England
   a) Das polnisch-englische Verhältnis in der Geschichte
   b) Die polnische Emigration in England von den Anfängen bis zum Zusammenbruch Frankreichs
   c) Die polnische Emigration in England seit der Übersiedlung der Emigrantenregierung nach London
   d) Die polnischen Wissenschaftler in England und ihre Unternehmungen

2. Kapitel. Polen und die Vereinigten Staaten von Nordamerika
   a) Die polnisch-amerikanischen Beziehungen in der Geschichte
   b) Die polnische Emigration nach den Vereinigten Staaten von den Anfängen bis zum Eintritt Amerikas in den Krieg
   c) Die polnische Emigration in den USA während des Krieges
   d) Die polnischen Wissenschaftler und ihre jetzige Betätigung in den USA

II. Teil

1. Kapitel. Die Westausweitungspropaganda der Polen in England und den USA
   1. Die Wissenschaft als Waffe der Politik
   2. ‚Vereinigung aller Westslawen' (Das Westslawische Bulletin und seine Ziele)
   3. Föderation Polens und der Tschechoslowakei
   4. Alte Zauberformeln: Die Lausitzer Kultur, der ‚Limes Sorabicus', die ‚Westgrenze Boleslaw Chrobrys'
   5. Abgedroschene Parolen: Die Lausitzer Wenden, Ostpreußen, Oberschlesien
   6. Die Oder als ‚Mindestgrenze'

www.himmlers-heinrich.de/grenzkolonialismus-1939.pdf, S. 11 f. (Anm. 13).

[113] Es werden das Inhaltsverzeichnis und die Einleitung abgedruckt. Fortsetzung hier: Zonenprotokoll der European Advisory Commission vom 12. September 1944, S. 48-75.

2. Kapitel. Das Echo der polnischen Gebietsforderungen in der angelsächsischen Presse

III. Teil

1. Kapitel. Warum Polen den Vertrag mit den Bolschewisten unterzeichnet hat. – Die polnischen Entschuldigungen
2. Kapitel. Die Behandlung der von den Bolschewisten verschleppten Polen

Anmerkungen

Verzeichnis des seit dem Herbst 1939 in England und in den USA erschienenen Emigranten-Schrifttums

Abbildungen

Der Arbeit sind im wesentlichen die von der Publikationsstelle laufend herausgegebenen ‚Polnischen Presseauszüge' (aus der polnischen Emigrantenpresse im neutralen bzw. feindlichen Ausland) zugrunde gelegt. Diese Presseauszüge können von Dienststellen bei der Publikationsstelle in Berlin-Dahlem, Gelfertstr. 11, bezogen werden. Nähere Bedingungen sind ebenda zu erfragen.

(S. 5:)

Einleitung

Im Schatten von Versailles

‚Über die historische Frage haben die Polen viel zu sagen. Sie gehen dabei zurück, so weit man will, je weiter — je besser .... '

H. Callender
in The New York Times
vom 16. November 1930.

Als sich nach dem Weltkrieg Staatsmänner fast aller Weltteile zusammenfanden, um Europa eine sogenannte ‚neue Ordnung' zu geben, hat wohl kein Volk mit so skrupellosen Mitteln, und ohne sich durch irgendwelche Leistungen während des Krieges selbst ausgewiesen zu haben, so weitgehende und maßlose Vorteile für sich zu gewinnen versucht wie das polnische. Am erstaunlichsten für die Welt nicht nur, sondern vor allem auch für die Polen selbst war der Erfolg dieser Bemühungen. Die Polen erhielten einen eigenen Staat von einer Große und Ausdehnung, wie sie es selbst vorher nach ihrem eigenen Urteil kaum zu hoffen wagten.

Wenn man sich fragt, wie ein solcher Erfolg, dessen sich die Polen freilich nur 20 Jahre erfreuen sollten, möglich war, so sind darauf mehrere Antworten zu geben. Zunächst verdankten die Polen ihren damaligen Erfolg der über alle Maßen rücksichtslosen Propaganda, die sie zur Erreichung ihrer Ziele Jahre hindurch in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa entfaltet hatten und die sie dann in Versailles bis zu solchen Ausmaßen steigerten, daß sie den Alliierten selbst auf die Nerven fiel.

‚Diese Polen', so schreibt Graf Carlo Sforza, der damalige italienische Außenminister, ‚waren fürchterlich unlogisch und hartnäckig, mit dem Erfolg, daß jedem übel wurde von ihren ewigen Ansprüchen. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, so wäre halb Europa ehemals polnisch gewesen und hätte wieder polnisch werden müssen. So kam es z. B., daß das diplomatische Europa, als Dmowski die Abtretung Ostpreußens an Polen verlangte, um – wie er folgerichtig sagte – den Widersinn des Danziger Korridors zu vermei-

den, dermaßen ergrimmte über diese uferlos wachsenden Forderungen, daß wir vielleicht, wenn es nur nach Lloyd George gegangen wäre, zu guter Letzt noch eine vierte Teilung Polens erlebt hätten ... [1])‘

(S.6:) Für ihre damals unaufhörlich neu unternommenen Propagandafeldzüge haben sie u. a. auch ihre gesamte Kulturpropaganda, ihre Künstler, Schriftsteller, Musiker und vor allem ihre Wissenschaftler eingesetzt, denen die Rolle zufiel, die gestellten Ansprüche in ‚historische‘ Argumente einzukleiden und sie dadurch überhaupt erst bei der westlichen Diplomatie hoffähig zu machen. Bei diesen Aktionen, die mit Hilfe von Sprachenkarten, Verkehrskarten, Denkschriften Polens Anrecht auf weite Gebiete erweisen sollten, spekulierte man ganz offensichtlich mit einer unleugbaren Schwäche der Alliierten, nämlich mit ihrer geradezu ungeheuren Unkenntnis in den historischen und Volkstumsfragen des Ostens. Wenn man den Gang der Verhandlungen in Paris und Versailles verfolgt, dann ist man erstaunt über die Leichtigkeit, mit der die Polen bei den Alliierten ihre Ansprüche immer wieder glaubhaft machen konnten. Dieses Spiel der Experten und Spezialisten ging so weit, daß sich Roman Dmowski, eine der Hauptfiguren unter den polnischen Beutejägerei in Versailles (im übrigen Führer der einstigen Nationaldemokraten), selbst über die Herren Gelehrten lustig machte, die mit dicken Gutachten und Aktenbündeln in Paris aufkreuzten, um die Verwirrung unter den ‚Friedens‘machern noch zu vergrößern[2]).

Die Hauptursache der Erfolge, die die Polen in Versailles einheimsten, lag ohne Zweifel in der Tatsache, daß der Erzengel unter den Friedensbringern, der amerikanische Präsident W. Wilson, den J. Paderewski während des ganzen Krieges in Washington immer wieder im Sinne der polnischen Wünsche bearbeitet hatte, von vornherein und ohne in die Einzelheiten der polnischen Frage wirklich eingedrungen zu sein, sich wärmstens für die polnischen Wünsche einsetzte. Es hatte von den Polen aus gesehen schon einen guten Grund, wenn die Polen später gerade in Posen ein Wilson-Denkmal errichteten, das den Präsidenten in der Haltung des großzügigen Gönners zeigte, wobei dessen Rechte auf die ihm zu Füßen liegende Karte mit den neuen Grenzen Polens wies. Die enge Anlehnung an die Vereinigten Staaten ist seit dieser Zeit ständig ein Hauptgrundsatz der polnischen Außenpolitik geblieben, und es zeigte sich dabei erneut, daß sich die amerikanische Zuneigung zu Polen deshalb so ungestört am Leben erhalten ließ, weil die Größe der Entfernung den Amerikanern den Blick in die polnische Wirklichkeit faktisch immer wieder milderte, wenn nicht gar gänzlich unmöglich machte.

(S. 7:) Aber das mit so viel Eifer, Hinterlist, Skrupellosigkeit in Versailles vergrößerte Gebilde hatte keinen Bestand. 20 Jahre danach ist das 1916/19 geschaffene Polen unter den wuchtigen Schlägen der deutschen Wehrmacht in Trümmer gesunken. Kaum aber hatten die geflohenen Machthaber und Politiker wieder festen Boden unter den Füßen, so begannen sie wie einst als beileidflehende Emigranten ihr Spiel von neuem. Wieder haben sie darauf in Paris, London und Washington ihre Lager aufgeschlagen, um von hier aus ihren Wünschen Gehör zu verschaffen. Seitdem nach Frankreichs Niederlage die polnischen Politiker aus Paris nach England oder nach Amerika flohen, liegen nunmehr in London, New York und Washington die Hauptzentren der polnischen Propaganda. Wenn man Ziele und Methoden der neuen polnischen Propaganda in der Zeit nach dem Zusammenbruch Frankreichs beobachtet, dann muß man sagen, daß sich in den Zielen gar nichts, in den Methoden wenig geändert hat. Im Gegenteil! Man fordert nicht nur die Wiederherstellung der einstigen Grenzen, sondern möchte das Polen der Zukunft – einem alten Wunschtraume entsprechend – bis an die Oder ausgedehnt sehen, wobei das Korridorproblem durch die Angliederung Ostpreußens und die Besitznahme Pommerns bis zur Oder gelöst werden soll. Was die Methoden betrifft, so ist vor allem bemerkenswert, daß auch jetzt wiederum die polnischen Wissenschaftler zum energischen Einsatz zur Verfechtung der polnischen politischen Wünsche aufgerufen wurden. Damit tritt die Wissenschaft wiederum in den Dienst der polnischen Politik, und sie versucht mit allen Mitteln, sich selbst in der Emigration das Rüstzeug zu verschaffen und zu erarbeiten, das notwendig ist, um erneut die ahnungs-

losen Politiker der angelsächsischen Länder für die polnischen Wunschträume zu gewinnen und einzuspannen. Dabei kommt den polnischen Emigranten sehr zugute, daß wohl auf Grund ihrer Erfolge und Erfahrungen in Versailles, kurz nach der Wiedererrichtung des polnischen Staates in drei ausgesprochenen wissenschaftlichen Kampfinstituten, dem berüchtigten Schlesischen Institut in Kattowitz, dem Westslawischen Institut in Posen und dem Baltischen Institut in Gotenhafen, Material erarbeitet wurde, mit dessen Hilfe der politische Anspruch Polens auf die damals gewonnenen und in Zukunft noch zu gewinnenden Westgebiete erhärtet werden sollte[3]). Mit voller Absicht sind die Veröffentlichungen dieser Institute in den wichtigsten Fällen auch ins Englische über(S. 8:)tragen worden, um ihre Verbreitung in den angelsächsischen Ländern zu erleichtern. Zur Verbreitung der polnischen Bestrebungen, als ‚Seemacht' in der Ostsee eine Rolle zu spielen, wurde die Zeitschrift ‚Baltic and Scandinavian Countries' ins Leben gerufen, die ganz unmittelbar die Leser angelsächsischer Zunge ansprechen sollte.

Diese Bemühungen der polnischen Wissenschaft wurden in der Emigration sofort wieder aufgenommen. Die Wissenschaftler wurden in eigenen neuen Verbänden zusammengeschlossen, um ihnen ihre Existenzbasis zu sichern. Polnische Wissenschaftler werden nicht nur durch Berufungen an englische, vor allem aber an amerikanische Hochschulen in den Stand gesetzt, von den Kathedern dieser Hochschulen aus für die politischen Wünsche der Polen zu werben, sondern sie selbst greifen ihr alten Bemühungen wieder auf, diese Wünsche durch die Verwendung und Propagierung sogenannter historischer, sprachkundlicher, volkskundlicher Argumente zu unterstreichen und zur verstärkten Wirkung zu bringen. Es ist in diesem Zusammenhang sehr bezeichnend, daß in einer in den USA erscheinenden Polenzeitung in einem Aufruf nach dem berüchtigten Ortsnamenatlas von St. Kozierowski gesucht wurde, der den Versuch enthält, mit Hilfe echter oder erfundener slawischer Ortsnamen. Ansprüche der Polen bis nach Holstein und bis zur unteren Elbe zu erweisen[4]). Weiter ist zu bemerken, daß die polnischen Emigranten mit größter Aufmerksamkeit das deutsche Schrifttum verfolgen, soweit es Material enthält, das für ihre Wünsche dienstbar gemacht werden kann. Die in den Ostgebieten erscheinenden deutschen Zeitungen werden mit größtem Interesse verfolgt und soweit wie nur irgend möglich für die Propaganda unter den Feinden des Reiches ausgewertet. Die Ergebnisse dieser Propagandaarbeiten in der angelsächsischen Öffentlichkeit sind, soweit das von uns aus beobachtet werden kann, im ganzen doch sehr erheblich; sie bewirken, daß sich die angelsächsische Publizistik in steigendem Maße die polnischen Argumente zu eigen macht und vor allem die Westausweitungswünsche der polnischen Emigrantenpolitiker weitgehend teilt und unterstützt. Neben dieser Zielrichtung der polnischen Propaganda, die uns hier hauptsächlich beschäftigen soll, werden wir einiges zur allgemeinen Lage der polnischen Emigranten in England und den Vereinigten Staaten und über die Hauptrichtungen ihrer Propaganda sagen müssen, und (S. 9:) zwar sollen uns dabei vor allem die folgenden Themenkreise interessieren.

Wichtig ist zunächst, sich kurz zu vergegenwärtigen, wie sich die allgemeine Lage der polnischen Emigranten in den genannten Ländern seit dem Sommer 1940 entwickelt hat, d. h. also nach der Flucht der polnischen Politiker von Paris nach London, nachdem Frankreich also aufgehört hatte, Hauptzufluchtstätte und Zentrum der polnischen Propaganda zu sein. Bekanntlich ließ sich in London auch die polnische Schattenregierung nieder, die von hier aus ihre politischen Wunschträume weiterspinnt und nachhaltig für diese Stimmung zu machen sucht. Augenscheinlich unter dem Eindruck der Erfahrung, daß für Polen oder die Tschechoslowakei allein gerade in den Jahren 1940 und 1941, in denen die Invasionsangst in England auf einem Höhepunkt angelangt war, kein allzu großes Interesse gefunden werden konnte, wurde in dieser Zeit der Wille zur polnisch-tschechischen Zusammenarbeit sehr propagiert, der bald zum festen Bestandteil der polnischen Propaganda wurde und der auf eine weitgehende wirtschaftliche Union beider Länder abzielte, Ihren äußeren ersten Höhepunkt fanden diese Bestrebungen in der Gründung einer eigenen Organisation für die polnisch-

tschechische Zusammenarbeit, nämlich des ‚Gemeinsamen Komitees für Zusammenarbeit der Amerikapolen und Tschechoslowaken', in dem Abschluß eines ‚Polnisch-tschechischen Staatsvertrages' und in der Gründung des ‚Westslawischen Bulletins' (Biuletyn Zachodnio-Slowianski), dessen erste Nummer ‚zum Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf Polen' am 1. September 1940 in London herausgebracht wurde. Über die inhaltliche Ausrichtung dieser Zeitschrift und die darin enthaltenen Gedankengänge wird weiter unten im Zusammenhang mit der Gesamtfrage der polnisch-tschechischen Zusammenarbeit ausführlicher zu reden sein. Hier sei nur die sehr bezeichnende Nachricht dieses ‚Bulletins' erwähnt, wonach ‚slawische Sprachkenner, Slawisten, Anthropologen, Prähistoriker, Historiker, Ethnographen u. a. kurz vor dem Kriege ein großes altslawisches Verlagswerk *Slavia Antiqua* vorbereitet haben, in welchem die Ergebnisse der Geschichtsforschung über die ältesten Slawen veröffentlicht und die von den Deutschen auf wissenschaftliche Art verbreiteten deutschen Fälschungen richtiggestellt werden sollten'[5]). Gelegentlich wird zwar versucht, die westslawische Zusammenarbeit mit dem Mantel des Panslawismus (S. 10:) zu umkleiden und den heutigen Schicksalskampf als einen Entscheidungskampf ‚Hitlers gegen die slawische Welt' hinzustellen, der von diesem in Gang gesetzt sei, ‚um das Erwachen der allslawischen Macht aufzuhalten und das alternde deutsche Volk zu retten'[6]). Aber diese Phrasen haben sich fast vollständig verflüchtigt seit dem Augenblick, mit dem Sowjetrußland in das Feld der Auseinandersetzungen aktiv eintrat. Wie mit einem Schlage hat von diesem Zeitpunkt ab alles aufgehört, was dazu verleiten würde, panslawische Ideen in den Kreis von Erörterungen über die Kriegsziele einzubeziehen.

Im engsten Zusammenhang mit der Frage der polnisch-tschechischen Zusammenarbeit hat lange Zeit die Frage der künftigen polnischen Westgrenze gestanden, die eine der Kernfragen der gegenwärtigen Emigrantenpropaganda darstellt. Mit allen nur erdenklichen Mitteln, von denen die Mehrzahl aus dem früheren Kampfschrifttum der Polen über die Westgrenze bekannt ist, wird versucht, die alten polnischen Thesen nunmehr der angelsächsischen Welt nahezubringen und sich deren Gunst für spätere Rechtsansprüche zu sichern. Die alten Thesen vom ‚urslawischen' Charakter der Lausitzer Kultur, vom Barbarentum der deutschen Ordensritter, von dem einstigen slawischen Machtbereich bis zur Elbe-Saale-Linie, vom ‚polnischen Charakter Oberschlesiens' und seiner Bewohner, von den ‚völlig germanisierten Wenden dicht bei Berlin, die nur noch deutsch sprechen, in denen aber das gemeinsame Gefühl slawischer Abstammung erwacht ist' u. a. Aber selbst die Erörterungen dieser Frage sind sehr stark beeinflußt worden von dem Gang der Debatte über die erträumte polnische Ostgrenze, die ja gleichfalls zum ehernen Repertoire der polnischen Zukunftsmusik gehört. Immer wieder wurde versichert, daß man auf Wilna, Bialystok und Lemberg niemals und unter keinen Umständen verzichten werde. Gerade die Diskussion dieser Frage erfuhr einen neuen Auftrieb mit einem Ereignis, das wie ein Donnerschlag die Gemüter der polnischen Emigranten in aller Welt erschüttert hat: dem Abschluß des Polnisch-Sowjetrussischen Abkommens vom 31. Juli 1941. Mit diesem Vertrag, der zu der bisher wohl schwersten inneren Krise innerhalb der polnischen Emigration geführt hat, sind in der Tat fast sämtliche Grundthesen über den Haufen geworfen worden, mit denen die Polen die Notwendigkeit eines starken Polenstaates in Osteuropa (S. 11:) bei den angelsächsischen Diplomaten glaubhaft zu machen versucht hatten. Die alten Losungen ‚Polen als Vormauer der Christenheit' und ‚Polen als Vorposten Westeuropas gegenüber der Barbarei des asiatischen Rußland' verloren ihre Glaubwürdigkeit vollständig von dem Zeitpunkt ab, in dem der Chef der polnischen Schattenregierung, General Sikorski, in Moskau ‚nach einem Bankett, das ihm zu Ehren von den Sowjets veranstaltet wurde und das 35 Gänge zählte', hinterher im Arbeitszimmer Stalins[114] das polnisch-sowjet-russische Abkommen unterzeichnet hat. Dieser Vertrag

[114] Wie Bogdan Musial unter völliger Vernachlässigung der national-polnischen Diskussion und der in ihr laut werdenden westlichen Eroberungsabsichten bis mindestens zur Oder und mit Seitenhieben auf die tschechischen Nachbarn, die sich in seinen Augen freiwillig unter Stalins Joch begeben hätten (!), während die Polen gegen

und sein Hauptprinzip, die Verständigung mit dem alten Todfeind Polens, hat trotz des Anscheins gegenwärtiger Opportunität zu den schwersten inneren Erschütterungen unter den Polen geführt, was u. a. darin zum Ausdruck kam, daß führende Regierungsmitglieder der polnischen Schattenregierung in London daraufhin aus der Regierung austraten. Man kann die Größe des inneren Widerspruches, der in der Unterzeichnung dieses Vertrages enthalten war und den jeder Pole instinktiv sofort erfaßt hat, nur verstehen, wenn man sich – was weiter unten geschehen soll – vergegenwärtigt, welchen Verlauf das polnisch-russische Verhältnis in der Geschichte genommen hat. Rußland galt von jeher als der Hauptfeind Nr. 1 der Polen, und es gab wohl keine Losung der polnischen Politik der letzten Jahrhunderte, die sich so nachhaltig und tief jedem Polen eingeprägt hatte wie diese. Dieses Prinzip gehörte, selbst bis zum Zusammenbruch des polnischen Staates im September 1939 trotz aller äußeren Zurückhaltung zum ehernen Bestand der polnischen Außenpolitik, soweit auf diese vor allem die Oberstengruppe und die Pilsudski-Anhänger Einfluß hatten. In diesem Zusammenhang ist die wiederholt verbreitete Nachricht auch ohne Rücksicht auf die Frage ihrer Richtigkeit sehr bezeichnend, nach der der letzte polnische Außenminister, Oberst Beck, im Frühsommer 1939 sich den Plänen zwischen den Alliierten und Sowjetrußland widersetzt habe, ‚weil er keine rote Armee in Polen wollte'[7]). Noch überzeugender weist in die gleiche Richtung die Tatsache, daß der frühere polnische Ministerpräsident Prof. Kozlowski, ein überzeugter Pilsudski-Anhänger und Chef der letzten Regierung zu Lebzeiten des Marschalls, der nach dem Einrücken der Sowjets in Lemberg verhaftet und erst nach der Unterzeichnung des polnisch-russischen Vertrages wieder in Freiheit gesetzt worden war, daraufhin sich nicht zu der in Rußland neu aufgestellten ‚Polnischen (S. 12:) Armee' begab, sondern auf dem Wege dorthin seine Marschrichtung änderte, sich auf einer abenteuerlichen Flucht bis zu den deutschen Linien durchschlug und sich dort zu erkennen gab.

Die Rückwirkungen des polnisch-russischen Bündnisses auf die polnische Emigration sind noch gar nicht zu übersehen. Zunächst hat das Bündnis die innerpolitischen Streitigkeiten und Reibereien der polnischen Emigrantenpolitiker ungemein verschärft und verstärkt. Die Angriffe auf die Schattenregierung, die diesen Vertrag unterzeichnet hatte, gingen so weit, daß diese immer wieder ihre Haltung begründen und gewissermaßen entschuldigen mußte. Als Hauptentschuldigungsgrund blieb aber schließlich lediglich der Hinweis darauf übrig, daß durch diesen Vertrag immerhin erreicht worden sei, daß den von den Sowjets verschleppten Polen – man spricht allgemein von 1,5 Millionen –, die über ganz Rußland verstreut in einem unsagbaren Elend leben mußten, durch den Vertrag die ‚Freiheit' wiedergeschenkt worden sei. Wesentlicher aber als die ideologischen Wirkungen, die z. B. zu einer rasch ansteigenden neuen Verehrungswelle für Marschall Pilsudski, einen ausgesprochenen Sowjetgegner, in den Kreisen der Emigration geführt haben, ist aber der Wandel im erträumten polnischen Zukunftsbild. Nur auf großen Umwegen und mit viel Rücksicht auf den Verbündeten kann jetzt noch der Nachwelt der Notwendigkeit eines eigenen polnischen Staatswesens und – was am schwierigsten ist – der Einbeziehung der Wilnaer und Lemberger Gebiete versucht werden. In einer Broschüre ‚*Germany, Russia and Central Europe*', die 1942 in New York erschienen ist, weist der Verfasser Prof. Adam Zoltowski, umständlich auf die Notwendigkeit hin, daß ‚nach der Niederlage Deutschlands die neue europäische Gemeinschaft auf der Zusammenfassung der kleinen freien Völker beruhen müsse, die aus eigener Kraft stark seien, sich aber außerdem auf die Macht Großbritanniens und Amerikas stützen könnten'. Dabei wirft der Verfasser die Frage auf, welche europäische Großmacht ‚mit dem Moment, in dem Deutschland außer Betracht käme', dann die Führung in Europa übernehmen solle, und erlaubt sich,

ihren Willen unter Stalins Fuchtel geraten seien, mit umfangreichem Dokumentationsmaterial und Statistiken nachzuweisen versucht, hat Stalin nach dem Sieg vor allem im sowjetzonalen ostdeutschen Bereich nach Kolonialherrenart alles an Industrieeinrichtungen und Infrastrukturanlagen demontieren lassen, was die Sowjetunion zu ihrem eigenen Aufschwung und für den eigenen Modernisierungsschub nach 1945 benötigte: „*Stalins Beutezug. Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht*", Propyläen, Berlin 2010.

dafür – ausgerechnet – Polen in Vorschlag zu bringen. Nach Ansicht des polnischen Gelehrten müßte Rußland allzuviel Energie für seine Interessen in Asien und im Fernen Osten aufbringen, um die Last der Führung Europas auf seine Schultern nehmen zu können. Obwohl die Leistungen Rußlands auf (S. 13:) gewissen Gebieten groß sein mögen und das Lebensniveau in den osteuropäischen Ländern ein niedriges sei, ist der russische Lebensstandard doch noch niedriger. Eine unmittelbare Verbindung dieser Länder mit Rußland würde, wo sie auch immer einträte, in unvermeidlicher Konsequenz zu einem gewaltigen Rückgang des Lebensniveaus führen. Diesen Wunschträumen eines polnischen Gelehrten gegenüber hat der amerikanische Kritiker, der das Buch Zoltowskis rezensierte, eine sehr energische Abfuhr erteilt, die vor allem erkennen läßt, wie sehr die polnischen Kombinationen seit Rußlands Teilnahme an dem Kriege beim nichtpolnischen Publikum an Interesse und Zuneigung verloren haben. Der Rezensent glaubt nicht an die Friedenspolitik und wirtschaftliche Dauerhaftigkeit eines solchen ‚Flickwerks' aus Staaten, wie Polen, Tschechoslowakei, Rumänien usw., und weist treffend darauf hin, daß die Verwirklichung der Vorschläge Zoltowskis unweigerlich zur ‚Balkanisierung Europas' führen würde. Sodann bezweifelt er, ob sich denn Rußland bei dieser Art von Neuordnung Europas ausschließen lassen werden und nicht doch von sich aus lieber den Willen haben werden, diese Länder unter seinen Schutz zu nehmen. ‚Denn wer werde es daran hindern?'

In dieser sehr bezeichnenden Frage spiegelt sich die ganze Hilflosigkeit und Ratlosigkeit wider, in die die polnischen Emigrantenpolitiker geraten sind, seitdem sich das Hauptinteresse der Feindmächte auf Rußland konzentriert. Ja selbst auf die Haltung ihrer eigenen kleineren Verbündeten, wie z.B. der Benesch-Tschechen, hat der Kampf der Sowjets so nachdrückliche Wirkungen ausgeübt, daß für die polnischen Wünsche kaum noch Interesse, wenn nicht gar völlige Verachtung besteht. So erschien in der tschechischen Zeitschrift ‚Mlade Cechoslovensko' (Junge Tschechoslowakei) ein Aufsatz, in dem glatt erklärt wird, daß es geradezu eine Frechheit seitens Polens sei, das ‚litauische Wilna' und das ‚ukrainische Lemberg' in einer Zeit zu fordern, da die rote Armee ihr Blut vergießt, während die Polen in London sitzen und Streit unter den Alliierten säen'[8]).

Die Diskussion über die erträumten Ostgrenzen und über den polnisch-russischen Pakt ist so zum Generalthema der polnischen Emigration geworden. Mit gespanntester Aufmerksamkeit werden die Ereignisse an der Ostfront beobachtet, wobei drei ganz verschie(S. 14:)dene Gefühlsrichtungen heftig miteinander streiten. Ihrer Natur nach rußlandfeindlich und sich als christliche Nation fühlend, müßte den Polen jede Niederlage der Sowjets, der Macht der organisierten Gottlosigkeit, eigentlich sehr willkommen sein. Da die Sowjets jedoch im erbitterten Kampf gegen das Reich stehen, muß jede ihrer Niederlagen bei den Polen wiederum auch große Besorgnis erregen. Da schließlich bei einem etwaigen Sieg der Sowjets diesen mehr oder weniger freie Hand in Osteuropa gegeben werden würde und da die unerbittliche Rücksichtslosigkeit der Sowjets, die über 1,5 Millionen Polen in Rußland kürzlich selbst am eigenen Leibe neu gespürt haben, über die polnischen Wünsche glatt hinwegschreiten würde, können auch etwaige Siegesmeldungen der Sowjets keine Freude erwecken. Damit aber münden für die polnische Emigration alle Kombinationen über die weltweiten Entscheidungen, die jetzt von der deutschen Wehrmacht erkämpft werden, ein in einen Strom auswegloser Hoffnungslosigkeit, die ja – und das kennzeichnet ihre Schwere ganz besonders – weder durch Hiobs- noch durch Siegesbotschaften von den Kämpfen der Sowjets an der Ostfront gemildert werden kann.

Vieles, was im folgenden über die Propaganda der Polen bei den Feindmächten zu berichten ist, wird nur verständlich, wenn man sich kurz vergegenwärtigt, wie die polnische Emigration in England und in den Vereinigten Staaten entstanden ist und wie sie sich bis zum Ausbruch des Krieges entwickelt hatte. Wir schicken daher den eigentlichen Hauptthemen kurze geschichtliche Hinweise voraus, die den Hintergrund, auf dem die Polen heute ihre Hetzarbeit gegen das Reich verrichten, ein wenig deutlicher er-

scheinen lassen sollen. Dabei ist vor allem bemerkenswert, daß es ihnen heute mehr denn je möglich ist, ihre früher von den polnischen wissenschaftlichen Kampfinstituten verbreiteten Thesen zur Propagierung ihrer politischen Wünsche bezüglich ihrer West- und Ostgrenze der angelsächsischen Welt aufzudrängen; damit aber wird es notwendig, auch zu beobachten, inwieweit die Propagandaarbeit der Polen gerade in dieser Hinsicht bei den angelsächsischen Kreisen ein Echo findet. Um diese sehr interessante Frage zu beantworten, wäre eine ausführliche Berücksichtigung und Verfolgung der englischen und amerikanischen Presse notwendig gewesen, was uns nicht möglich war. Um so dankbarer sind wir daher für einige Hinweise auf Äußerungen in der englisch erscheinenden (S. 15:) Presse, die uns Frau Margarete Gärtner von der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. Weitere Hinweise fanden sich in der polnischen Emigrantenpresse selbst, die ja ein begreifliches Interesse hat, über Erfolge ihrer Propagandaarbeit bei den angelsächsischen Gastvölkern zu berichten.

Da das polnisch-russische Verhältnis in der letzten Entwicklung eine so große Bedeutung gewonnen hat und die polnischen Äußerungen zu diesem Thema daher besonders ausführlich sind, haben wir ihnen im folgenden besondere Beachtung geschenkt. Dies scheint uns auch deshalb gerechtfertigt, weil uns in den Stellungnahmen der polnischen Presse ausführliche Berichte über die Schicksale der nach Sowjetrußland verschleppten Polen vermittelt werden. Gerade diese Berichte aber sprechen eine erschütternde Sprache und erweisen erneut, was diejenigen erwartet, die das Schicksal wegen ihrer Verblendung oder wegen ihrer Unwissenheit dazu verurteilt, in die völkervernichtende Maschinerie des Bolschewismus zu geraten.

Anmerkungen.

1) C. Sforza, Gestalten und Gestalter des heutigen Europa. Berlin 1931, S. 398.
2) W. Recke, Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik. Berlin 1927, S. 122.
3) G. Sappok, Polens Kulturpropaganda im Ausland. In: Deutsche Kultur im Leben der Völker. Mitteilungen der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums. XIII, 1938, S. 96. – W. Kohte, Politisch-wissenschaftliches Schrifttum in Ostmitteleuropa. In: Europas Schicksal im Osten, hsg. v. H. Hagemeyer, Breslau 1938, S. 151–168 (2. Aufl. 1943). – J. Schomaker, Politische Wissenschaft in Polen und ihre Organisation, hsg. v. Bund Deutscher Osten, Berlin W 30 (1939, als Manuskript gedruckt).
4) H. G. Ost, Polnische Ortsnamen bis Schleswig-Holstein und Dänemark?, Jomsburg 2, 1938, S. 405 ff.
5) Dziennik Zwiazkowy (Chikago), Nr. 189 v. 12. August 1941.
6) Dziennik Zwiazkowy, Nr. 187 v. 9. August 1941.
7) Zuletzt wurde diese Nachricht verzeichnet in dem Buch von P. v. Paassen, That day alone, New York 1941, wo der Verfasser diese angebliche Äußerung Becks wiederholt mit dem Bemerken, daß sie ihm von dem sowjetrussischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg mitgeteilt worden sei. In dem gleichen Buch, das die Verhältnisse Polens vor dem Kriege beschreibt, wird vom Verfasser noch die folgende Äußerung des russischen Schriftstellers über die geringe Einschätzung der polnischen Kampfkraft durch die Sowjets wiedergegeben: »*Die Polen haben keine motorisierten Streitkräfte, sie werden sich zum Kampf gegen die deutschen Panzerdivisionen mit Dorfkatzen entgegenstellen und die Stukas werden sie mit ungeladenen Flinten bekämpfen. Es ist da zweifellos sehr mutig, sehr polnisch, sehr übereinstimmend mit dem, was wir erwarten können, aber sehr unpraktisch.*«
8) Wiadomosci Polskie (London), Nr. 19 vom 10. Mai 1942.“

Zurück → Hier